Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926.] Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. [Fernsprecher Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße Nr. 50/52**, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich **Mk. 2.00**, monatlich **70** Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **20** Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur **10** Pfg., auswärtige Anzeigen **30** Pfg. — **Inserate** für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr vormittags**, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 163. **Dienstag, den 17. Juli 1906.** 13. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Das Frauenstimmrecht

behandelt Genosse Karl Kautsky in einer Artikelserie der „Leipziger Volkszeitung“. Wir geben die interessanten Ausführungen hier wieder. Das Stimmrecht hat für das Proletariat eine ganz andere Bedeutung, als für die Bourgeoisie. Für die letztere ist es ein Mittel, die unteren Volksklassen politisch auszubeuten, sie sich dienstbar zu machen, um mit ihrer Hilfe die Mehrheit im Parlament und die politische Macht zu erlangen. Wie groß auch die Differenzen unter den bürgerlichen Parteien sein mögen, keine tastet die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft an. Jede ändert bloß in einigen Details, jede kann sicher sein, wenn sie heute die Mehrheit im Parlament verliert, und daher die Regierung abgibt, daß damit die Grundlagen ihrer Ausbeutung nicht bedroht sind, daß ihr die Möglichkeit offen steht, wieder zu erstarken und nochmals das Staatsruder in die Hand zu bekommen.

Anders dagegen ist das Verhältnis zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien. Das Proletariat kann nicht zur Herrschaft kommen, ohne aller Klassenherrschaft ein Ende zu machen. Die Sozialdemokratie kann nicht die politische Macht erlangen, ohne Zustände zu schaffen, die der Bourgeoisie — natürlich der Klasse, nicht den Individuen — für immer ein Ende zu machen, jede Wiederkehr der bürgerlichen Parteien ausschließen. Das Schaukelspiel des Auf und Nieder dieser Parteien nimmt also ein gründliches Ende, sobald die Sozialdemokratie zur Macht gelangt, und damit hört auch der Parlamentarismus im bürgerlichen Sinne auf.

Glaubt man, daß eine bürgerliche Regierung unter diesen Umständen vor einer sozialdemokratischen Majorität unter den Wählern und im Parlament ebenso gutwillig abdanken wird, wie heute in einem parlamentarischen Lande ein liberales Ministerium vor einer konservativen Majorität, ein konservatives Ministerium vor einer liberalen Majorität, ein konservatives Ministerium vor einer liberalen Majorität? Müssen wir nicht darauf gefaßt sein, daß die bürgerliche Regierung unter Zustimmung aller bürgerlichen Parteien schon lange vorher durch einen Staatsstreich versuchen wird, das Proletariat für immer zur Machtlosigkeit zu verurteilen?

Man muß blind sein für den fundamentalen Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie, wenn man annimmt, jenes hätte Aussicht, durch die bloße Macht des Stimmzettels die politische Macht zu erobern. Wie dieser Prozeß der Eroberung sich abspielen wird, wissen wir nicht, er wird in den verschiedenen Staaten wohl sehr verschiedene Formen annehmen, und braucht keineswegs gewalttätiger Natur zu sein. Wird das bürgerliche Regime von seinen Stützen im Stiche gelassen, dann bricht es von selbst in sich zusammen, dankt es vielleicht freiwillig ab. Dem Parlamentarismus, dem Stimmzettel, kann dabei auch eine sehr wichtige Rolle zufallen, aber der ganze Prozeß kann nicht vor sich gehen, ohne gewaltige Verschiebungen der Kraftverhältnisse außerhalb des Parlaments.

Der Parlamentarismus und das Stimmrecht haben also für das Proletariat nicht jene entscheidende Bedeutung zur Gewinnung der politischen Macht, wie für die Bourgeoisie. Der Parlamentarismus und das allgemeine Stimmrecht kommen für das Proletariat zunächst nicht in Betracht als das Mittel, die politische Macht zu erobern, sondern vor allem als Mittel, Arbeiterklasse, Staat und Gesellschaft für diese Eroberung vorzubereiten und tauglich zu machen. Es gilt, das Proletariat von der Gefolgschaft der bürgerlichen Parteien loszulösen, es in einer selbständigen Klassenpartei zu organisieren, es mit Klarheit über das Wesen der bürgerlichen Gesellschaft, ihre Entwickelung und seine daraus folgenden historischen Aufgaben zu erfüllen, ihm Mut und Selbstvertrauen zu geben, alle Konzessionen der bürgerlichen Gesellschaft im Interesse des Proletariats zu entreißen, die ihr zu entreißen sind, und zugleich der Masse der Bevölkerung die Zuversicht beizubringen, daß der kämpfende und aufgeklärte Teil des Proletariats allen Aufgaben gewachsen ist, die ihm in der Politik erstehen.

Alles das kann nicht in möglichst vollkommener und umfassender Weise geschehen, ohne das allgemeine Wahlrecht — und nicht minder wichtig ist das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. Auch dies kommt zunächst nicht als Mittel in Betracht, die politische Macht zu erobern, sondern als Mittel für die kämpfenden Proletarier, sich zu zählen, ihre Macht und deren rasches Anwachsen zu erkennen und der gesamten Bevölkerung klar vor Augen zu bringen. Als Mittel, die Kraft und Begeisterung der proletarischen Massen durch die Wahlsiege anschwellen zu lassen und die Gegner unter Umständen zu Konzessionen zu drängen, die nach deren Meinung der Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln nehmen sollen, aber nur in anderer Weise dazu beitragen, Kraft und Selbstbewußtsein des Proletariats zu steigern.

Alle diese Wirkungen des allgemeinen Wahlrechts und der Teilnahme der sozialistischen Parteien am Parlamentarismus sind den bürgerlichen Parteien gründlich verhaßt. Um so mehr lassen diese Wirkungen das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht unter allen Umständen als eine unbedingte Notwendigkeit für das Proletariat erscheinen. Ueber die Rolle des Stimmzettels und des Parlaments bei der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat kann man sehr verschiedener Meinung sein; verschiedene Situationen können da die verschiedensten Wege dieser Eroberung eröffnen. Anderseits ist die Wirkung des allgemeinen Stimmrechts auf die politischen Machtverhältnisse in den gegenwärtigen Staaten unter verschiedenen Bedingungen höchst verschieden. Es hat mindestens ebensoost konservative und reaktionäre Parteien begünstigt, wie liberale. Was es aber unter allen Umständen fördert und erleichtert, das ist die politische Organisierung, Schulung, Kräftigung und Anstachelung des Proletariats, die Gewinnung sozialer Reformen, die Anerkennung der Macht und der politischen Reife, ja der geistigen Ueberlegenheit der sozialistischen Parteien durch immer weitere Schichten der Bevölkerung. Und darum muß unsere Partei unter allen Umständen und Situationen auf das entschiedenste für das allgemeine und gleiche Wahlrecht als ein Lebenselement der Arbeiterklasse eintreten.

Wenn man von diesem Standpunkte aus das Frauenstimmrecht betrachtet, kann unsere Antwort nicht schwer sein, namentlich wenn man noch die Bedeutung erwägt, die die Frau für den proletarischen Klassenkampf gewinnt.

Die entscheidende Waffe der Bourgeoisie im politischen Kampfe ist ihr Geld. Sie kauft die Presse, vielfach die Kandidaten, die Abgeordneten, oft auch die Wähler. Sie kann die Kraft ihrer Frauen im politischen Kampfe wohl entbehren. Anders das Proletariat. Der Arbeiter hat keine Stellvertreter und Mietlinge, die für ihn kämpfen, er muß mit seiner eigenen Person für seine Sache eintreten und er wird sie um so siegreicher verfechten, unter sonst gleichen Umständen, je größer seine Klarheit, seine Energie, seine Begeisterung ist. Da wird es von der höchsten Wichtigkeit für den Ausgang des Kampfes, wie diesem die eine Hälfte des Proletariats, die weibliche, gegenübersteht. Mag der Mann ein noch so überzeugter, klarer, energischer, begeisterter Genosse sein, er wird immer wieder gelähmt, ein gut Teil seiner Kraft vergeudet werden, oder doch ungenutzt bleiben, wenn er zu Hause den stillen offenen Widerstand der Frau zu überwinden hat. Ganz anders dort, wo die Frau selbst überzeugte und eifrige Genossin ist. Nicht nur werden da die Kinder schon zu Sozialisten erzogen und wachsen sie ohne weiteres zu energischen Klassenkämpfern heran, der Mann selbst kann nun seine volle Kraft dem Befreiungskampfe widmen, er wird von der Gattin noch aufgestachelt und gefördert werden. Und außerdem gewinnt unsere Sache in der Frau oft eine neue Kämpferin, die selbst auf das Schlachtfeld eilt und unsere Schlachten schlagen hilft, mit einer Begeisterung und einer Hingebung, die vielfach die Begeisterung und Hingebung der Männer übertrifft.

Die sozialistische Propaganda unter den Frauen des Proletariats wird daher von äußerster Wichtigkeit für den Fortgang des Klassenkampfes. Nichts kann aber diese Propaganda mehr fördern, als die Gewährung des Stimmrechts an die Frauen. Wie soll die Masse der Frauen Interesse für die Politik bekommen, in die sie nichts dreinzureden haben? Wie soll die Masse der Männer Interesse an sozialpolitischer Propaganda unter den Frauen erhalten, wenn diese keine greifbaren politischen Erfolge verspricht? So bleiben denn nur zu leicht die Frauen der Kirche, dem Pfaffen überlassen, dessen Propaganda nie ruht und der immer als Tröster und Vertreter des Erlösers bei ihnen erscheint. Gewiß droht die Gewährung des Frauenstimmrechts zunächst dem Pfaffentum einige Mandate zuzuschanzen. Aber gerade das beweist die Notwendigkeit einer energischen sozialistischen Propaganda unter den Frauen, die selbst wieder durch das Frauenstimmrecht am meisten erleichtert, am stärksten angestachelt wird. So lange das Frauenstimmrecht nicht besteht, da betrachten viele Genossen noch die sozialistische Propaganda unter den Frauen als eine Art Sport oder Luxus, den sich die Partei gestatten darf, wo sie Ueberfluß an Kräften hat, nicht als eine Lebensbedingung, der um jeden Preis zu genügen ist. Man lasse nur einmal das Frauenstimmrecht wirken, man führe nur einmal die Möglichkeit herbei, daß ein proletarischer Wahlkreis durch proletarische Frauenstimmen verloren gehen kann, und man wird sofort merken, wie die sozialistische Propaganda unter den Frauen als dringendste Notwendigkeit empfunden wird, wie jeder Parteigenosse, und dächte er über die politische Begabung der Frau wie der ärgste Philister, sich eifrig bemühen wird, unter seinen weiblichen Familiengenossen Interesse und Verständnis für den Sozialismus wachzurufen. Mag das Frauenstimmrecht uns zunächst hier und da einen Wahlkreis kosten. Schließlich bedeutet es eine unendliche Verstärkung der gesamten proletarischen Armee und der Wucht ihres Angriffs.

Die politische und ökonomische Gleichstellung von Mann und Weib ist ein tiefgewurzelter Grundsatz des Sozialismus. Und die Praxis des Klassenkampfes heißt uns nicht diesen Grundsatz in der Gegenwart stellenweise preisgeben, sondern ihn unter allen Umständen aufs kräftigste verfechten. Die prinzipielle Politik erweist sich auch hier schließlich als die praktischste, erfolgreichste Politik — wenn man die Dinge eben vom Standpunkt des revolutionären Proletariats aus betrachtet.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Reichstagsabgeordneter Genosse Karl Grünberg gestorben. Unser Parteigenosse, Reichstagsabgeordneter Karl Grünberg, ist Sonnabend nach längerem Krankenlager, auf das ihn ein Magenleiden warf, in Hartha im Alter von 59 Jahren verschieden. Genosse Grünberg hat vor 22 Jahren sich der Partei angeschlossen und seitdem rastlos für sie gewirkt. 14 Jahre lang war er Stadtverordneter in seinem Heimatsort Hartha, wo der sozialdemokratische Webwarenfabrikant auch den bürgerlichen Gegnern Achtung abzwang. Das Vertrauen der Parteigenossen sandte ihn auch in der letzten Session vor dem Wahlrechtsraub ins sächsische Parlament. Seit 1893 kandidierte er im 10. sächsischen Kreise bei den Wahlen zum Reichstag. Bei den Wahlen 1898 fielen 10 818 Stimmen auf unseren Genossen; mit 11 925 Stimmen wurde der nationalliberale Dr. Lehr gewählt. Bei der Nachwahl am 28. Januar 1902, die durch den Tod Lehrs erforderlich wurde, siegte die Sozialdemokratie, die 402 Stimmen mehr als die gesamten Gegner auf sich vereinigte. Im Jahre 1903 wurden für Genossen Grünberg 13 162 Stimmen abgegeben, während die bürgerlichen Parteien nur 11 003 auf sich vereinigten. Der Genosse Grünberg trat im Reichstag insbesondere bei der Zollkampfkampagne vom Jahre 1902 und bei der Beratung über das Militär Invalidengesetz — er hat den Krieg 1870/71 als Soldat mitgemacht — hervor. Seine liebenswürdige, stets hilfsbereite Art und sein rastloser Eifer, den er bei der Verbreitung der sozialdemokratischen Bestrebungen betätigte, schufen ihm viele Freunde. Seit etwa einem Jahre wurde er durch ein hartnäckiges Magenleiden auf das Krankenlager gezwungen. Um den braven, opferwilligen, treuen Genossen trauert die Partei in dankbarer Anerkennung für seine mühevolle, erfolgreiche Tätigkeit.

Die milchende Kuh. In der Kolonialpresse wird zurzeit Reklame gemacht für Kleinsiedelungen in Südwestafrika. Obgleich die amtlichen Stellen wiederholt erklärt haben, daß zur Ansiedelung in Südwest mindestens ein Kapital von 20—25 000 Mark nötig sei, wird jetzt von kolonialen Vertretern behauptet, daß zur Kleinsiedelung schon ein Kapital von 5—10 000 Mark genüge. Höchst interessant ist aber die Art, wie die voraussichtliche Rentabilität dieser Kleinsiedelungen begründet wird. Da heißt es in einem an die „Tägliche Rundschau“ gerichteten Briefe:

„Manche Leute im Schutzgebiet stehen den Kleinsiedelungen skeptisch gegenüber; gewiß, sagen sie, hat sich der Kartoffelpreis auf durchschnittlich 3 5 Mark für den Zentner, das Gemüse auf 40 Pf. und die Weintrauben auf etwa 1 Mark für das Pfund in den letzten Jahren gehalten. Abnehmer war und ist in erster Linie die Truppe; was wird aber aus den vielen Kleinsiedlern, wenn binnen Jahresfrist der größte Teil der Schutztruppe zurückgezogen wird? Solche Stimmen werden natürlich in erster Linie aus den Kreisen der Garten- und Farmbesitzer der größeren Plätze oder in ihrer Nähe laut, die ein Fallen der angegebenen recht hohen Preise durch den Wettbewerb befürchten. Demgegenüber ist zu erwidern, daß der Kleinsiedler bei sparsamer Wirtschaft immer noch auf seine Rechnung kommt, selbst wenn der ausschlaggebende Kartoffelpreis fallen sollte; unter 25 Mark für den Zentner dürfte er überhaupt nicht heruntergehen, da für diesen Preis die eingeführten Küstenkartoffeln an den Bahnstationen verkauft werden; frische Kartoffeln werden aber immer den durch eine mehr oder weniger lange Seefahrt schadhaft eingeführten Kartoffeln vorgezogen werden. Schließlich wird die „milchende Kuh“, die Truppe vorerst nur teilweise zurückgezogen werden; 4000 bis 6000 Mann werden noch jahrelang hier verbleiben müssen, daneben sind aber auch noch die zahlreichen Angehörigen der Zivilverwaltung, Hunderte von Kaufleuten“

Händlern und Gastwirten, vor allem aber die Eisenbahnen und Minen Kunden der Kleinsiedler.

Das ist ja eine allerliebste Charakteristik der südwestafrikanischen Siedelungspolitik. Die Ansiedler würden sterben und verderben, wenn sie nicht die milchende Kuh hätten: die Schutztruppe, deren Bestand auf absehbare Zeit hinaus noch immer 4—6000 Mann betragen werde. Also von der Schutztruppe soll die ganze Kolonie leben, denn die Kaufleute leben doch ihrerseits auch wieder von dieser „milchenden Kuh", ebenso werden ja die Zollbeamten, Eisenbahner aber von den Steuerzahlern des lieben Vaterlandes unterhalten! Angeblich soll die Schutztruppe die Kolonie beschützen, in Wirklichkeit aber wäre die Kolonie längst bankerott, wenn nicht alle Ansiedler, Kaufleute usw. als Schmarotzer von der durch die Steuergroschen unterhaltenen Schutztruppe lebten!

Scharfmacher und Arbeiterinnenfrage. Die Scharfmacherblätter und Scharfmacherpolitikaster pflegen pünktlich mit selbstzufriedener Behaglichkeit das Märchen beizureten, daß die Sozialdemokratie böswillig die Grundlagen der „Familie" zerstöre, die doch das Fundament aller Ordnung und Gesittung sei. Und dieselben Elemente entrüsten sich gleichermaßen über die „Roheit" der „unteren Volksklasse" und besonders der „Arbeiterjugend". Auf den Vorhalt, die kapitalistische Entwicklung löse die Familie auf und erzeuge dadurch Vernachlässigung der Kindererziehung, die durch die mangelhafte Volksschulbildung nicht ausgeglichen wurde, schütteln sie den Kopf und sprechen von sozialdemokratischen Utopistereien und ähnlichem. Da ist es ganz interessant, wenn sich ein solches Scharfmacherpapier einmal das Eingeständnis entschlüpfen läßt, daß die Sozialdemokratie doch nicht so ganz unrecht hat. So schreibt zu dem Kapitel „Die verheirateten Fabrikarbeiterinnen" jetzt die „Tägliche Rundschau":

„Mehr als 300 000 Ehefrauen in Deutschland in Fabriken, und ihre Zahl ist in beständigem Steigen begriffen. Je mehr aber in der Fabrik die Arbeit der verheirateten Frau vordringt, desto brennender wird die Frage, wie diese Arbeit zu regeln sei, damit das Erwerbsleben der Frau und die Familieninteressen mit einander in Einklang gebracht werden. Denn die Folge der Fabrikarbeit verheirateter Frauen ist nur zu häufig Zerstörung des Familienlebens, Vernachlässigung der Kinder, große Säuglingssterblichkeit, Verkommen der Hauswirtschaft u. a. m.

Das deckt sich mit dem, was die Sozialdemokratie immer behauptet hat. Aber die „Tägliche Rundschau" ist weit davon, der kapitalistischen Wirtschaftsweise die Schuld für diese sozialen Mißstände zuzuschieben; sie begnügt sich, als Palliativmittelchen einen Vorschlag der „Sozialen Praxis" zu übernehmen, der statt der Ganztagsschicht für verheiratete Fabrikarbeiterinnen die Einführung einer fakultativen Halbtagsschicht verlangt. Die Fabriken sollten Vor- und Nachmittagsschichten einrichten und den Frauen ermöglichen, in fester Verpflichtung eine dieser Schichten zu übernehmen. Dieser Vorschlag ist eine Spottgeburt, ein Zwitterding, das an der granitenen Realität der Dinge zersplittern muß wie Glas. Er löst den Ruf: „Die Frau ins Haus!" ab durch den anderen nicht minder reaktionären: „Die Frau zur Hälfte ins Haus!" Abgesehen von der reaktionären Seite dieses Vorschlags hat er auch nicht die allergeringste Aussicht auf Verwirklichung. Er ist eine im Himmelblauen schwebende Ideologie, denn der Kapitalismus kennt keine Geschlechtsunterschiede, er kennt nicht männliche und weibliche Arbeiter, sondern lediglich Ausbeutungsobjekte. Daß der Kapitalismus einen Teil „seiner" Arbeiter nur die Hälfte der Zeit arbeiten lassen sollte, die Annahme ist kompletter Unsinn — existiert doch noch nicht einmal der Achtstundentag. Die Lösung der Arbeiterinnenfrage ist die Lösung der Frauenfrage, und diese ist nichts anderes als die Lösung der Arbeiterfrage. Sie kann nur durch den Sozialismus erfolgen.

Eine weitere Reichstagsersatzwahl wird wiederum stattfinden müssen, und zwar im Wahlkreis Stade-Bremervörde, dessen bisheriger Vertreter der nationalliberale Abgeordnete Dr. Sattler, am Freitag nachmittag gestorben ist. Sattler vertrat den Wahlkreis seit 1898. Bei der letzten Wahl 1903 erhielt Dr. Sattler 6466, unser Genosse Ebert 5964, ein freisinniger Kandidat 3524, ein Welfe 2138 und ein Bündlerkandidat 1918 Stimmen. In der Stichwahl siegte Dr. Sattler mit 12 232 gegen 7178 Stimmen. Die Sozialdemokratie hatte 1898 erst 3324 und 1893 erst 3031 Stimmen erzielt. Die Nationalliberalen hatten bei den Wahlen 1887 und 1893 über 8000 Stimmen erreicht. Sie waren bisher immer im Besitz des Wahlkreises mit einer Ausnahme, von 1881 bis 1884, wo Dr. Wendt den Wahlkreis für die Fortschrittspartei erobert hatte. Auch bei der bevorstehenden Wahl wird um das Mandat jedenfalls heiß gestritten werden.

Zur Reichstagsnachwahl in Rinteln-Hofgeismar-Wolfhagen. Nur noch wenige Tage trennen uns vom Wahltag, den 20. Juli. Da dürfte es angebracht sein, den bisherigen Verlauf des Wahlkampfes zu skizzieren. Die Leiche des Grafen Reventlow war kaum erkaltet, da ging die Balgerei um seine Nachfolgerschaft in den antisemitischen Lagern bereits los. Die Deutsch-Sozialen erhoben schließlich den Bürgermeister Herzog von Oberkirchen auf den Schild, die antisemitischen Reformer den Kasseler Rentner Helmerich. Ersterer fand die Zustimmung des Bundes der Landwirte und erhielt auch den Segen der konservativen Landräte. Herr Helmerich hat den Vorzug, ein reicher Mann zu sein, bedeutet also für die Reformer, die jetzt unter der Firma „Freideutsch" den Wahlkampf führen, eine brillante Akquisition, denn so voll sie den Mund nehmen, so leer sind, wie Fama erzählt, ihre Geldbeutel. Den „Kampf", den die Antisemiten untereinander führen, ist geradezu ekelhaft. Die Herrschaften unterschieben sich gegenseitig Liebenswürdigkeiten, die sich gewaschen haben. Für die Nationalliberalen kandidiert der Handelskammersyndikus Dr. Rode aus Hannover, für die „Freisinnigen" aller Schattierungen der Berliner Rechtsanwalt Röhrig. Die sozialdemokratische Partei hat wiederum den Parteigenossen Oskar Betterlein von Helmarshausen aufgestellt. Bis auf unsere Partei, die im Wahlkreise an Händen und Füßen gebunden ist, entfalten alle Parteien eine nie zuvor dagewesene Versammlungstätigkeit. Der Kreis selbst, um das nebenbei festzustellen, ist ein wahl geometrisches Ungetüm. Die Kreise Hofgeismar und Wolfhagen sind unmittelbar im Norden, Westen und Süden dem Kasseler Kreis angegliedert. Der Kreis Rinteln ist indessen räumlich vollkommen getrennt von den genannten Kreisen, er liegt zwischen Herford, Hameln und Minden! Von Kassel aus hat man wenn bessere Eisenbahnverbindungen nach Barmen, Hamburg, Frankfurt und Berlin als nach Rinteln. Die Nationalliberalen und Deutsch-Sozialen haben in Rinteln und Hofgeismar Wahlbureaus errichtet, die eine äußerst intensive Wahlagitation entfalten. Beide Parteien haben ihre Sekretäre und verschiedene Abgeordnete im Kreise. Tag für Tag finden Versammlungen der Nationalliberalen statt, täglich sechs bis acht Versammlungen halten die Deutsch-Sozialen ab. Der Abg. Lattmann stellt seinen Kandidaten Herzog täglich in mindestens zwei Versammlungen vor. Die Touren sind so arrangiert, daß eine Versammlung nachmittags, eine abends stattfindet. Die deutsch-soziale Kandidatur ist sozusagen die offizielle, von den Behörden approbierte, und man darf wohl sagen, daß der amtliche Dorfapparat nahezu lückenlos für den Bürgermeister Herzog in Bewegung gesetzt worden ist. Demgegenüber ist unsere Partei nahezu wehrlos. In nur sechs Wahlorten, darunter vier nur recht kleinen, stehen uns Säle für Versammlungen zur Verfügung. Sowie Genosse Scheidemann in einer deutsch-sozialen Nachmittagsversammlung den Abg. Lattmann und seine Partei in die richtige Beleuchtung gerückt hat, gibt es in gegnerischen Versammlungen nur noch höchstens fünfzehn Minuten Redezeit. Zumeist erfahren wir von diesen Versammlungen erst dann, wenn sie stattgefunden haben, da sie zumeist nur wenige Stunden zuvor durch die Ortsschelle bekannt gemacht werden, in anderen Fällen aber jede Benachrichtigung unterbleibt, da von sozialdemokratischen Organisationen in manchen Orten nur die dürftigsten Spuren vorhanden sind. Trotz der trostlosen Zustände ist es der Partei 1903 in diesem kleinbäuerlichen Wahlkreise gelungen, mehr als 3400 Wähler für den sozialdemokratischen Kandidaten an die Wahlurne zu bringen. Das Wahlergebnis der Hauptwahl im Juni 1903 war folgendes: Antisemit Reventlow 6426 Stimmen, Genosse Betterlein 3488 Stimmen, Nationalliberal 2154 Stimmen, Freisinnige Volkspartei 748 Stimmen, Zentrum 542 Stimmen. In der Stichwahl siegte dann der Antisemit mit 9543 Stimmen, unser Genosse erhielt 4030 Stimmen.

Für die nächsten Reichstagswahlen im Jahre 1908 rufen die „unpolitischen" Kriegervereine die bürgerlichen Parteien auf die Schanzen. Die „Kyffhäuser Korresp.", das Organ des Kyffhäuserbundes der deutschen Landes-Kriegerverbände, bringt einen Aufruf an die bürgerlichen Parteien zu gemeinsamer Arbeit, in dem es heißt: „Der Reichstag hat seine Pforten bis Ende November geschlossen, und für die Politik ist eine Zeit der Ruhe eingetreten . . . Ist es jetzt aber Zeit zur Ruhe, zum sorglosen Schlaf? O nein, keineswegs! In kaum zwei Jahren finden wieder die allgemeinen Reichstagswahlen statt, und auf die gilt es für die bürgerlichen Parteien sich mit aller Macht zu rüsten. Dazu ist aber gerade die parlamentarische Zeit außerordentlich geeignet, da während der Parlamentszeit die ganze Aufmerksamkeit von der gegenwärtig zur Frage stehenden Politik in Anspruch genommen zu werden pflegt. Freilich wird mancher sagen, bis zu den Wahlen sind es noch volle zwei Jahre, also noch eine lange Zeit, und das wird leider nicht nur gesagt, sondern man handelt auch häufig danach. Und doch zeugt es von unglaublicher Kurzsichtigkeit, von trauriger Gleichgültigkeit der bürgerlichen Parteien, daß sie aus ihren Niederlagen fast gar nichts lernen. Die Reichstagswahl erfordert an Vorbereitungen eine solche Menge Kleinarbeit, so viel Fäden müssen zwischen den einzelnen bürgerlichen Parteien herüber und hinüber gesponnen werden, daß es die höchste Zeit ist, mit einer planmäßigen Werbearbeit zu beginnen. Die bürgerlichen Parteien können von der Sozialdemokratie, was Arbeitsfreudigkeit und Opferwilligkeit betrifft, viel lernen. Die Sozialdemokratie beginnt ihre Kriegskasse sofort nach der Wahl zielbewußt und planmäßig mit ihren Verhetzungen, mit ihrem Werben und Buhlen um die Gunst der Menge ein. Und der Erfolg? Nun, bei den letzten Wahlen war der Erfolg drei Millionen Wähler. Wie viele staatsfeindliche Stimmen sich das nächste Mal in den Urnen finden werden, ist schwer zu sagen. Das läßt sich aber mit aller Bestimmtheit voraussagen, daß es, wenn die bürgerlichen Parteien nicht ebenfalls baldigst einsetzen mit ihrer Gegenarbeit, es unmöglich ist, im letzten Augenblick die Sozialdemokraten von den Schanzen zu vertreiben. Dazu ist aber nicht nur eine jahrelange planmäßige, opferwillige Kleinarbeit nötig, sondern da ist vor allem auch Eintracht erforderlich. Einigkeit macht stark, das sieht man nirgends besser als bei den Wahlen." Dann folgt der Ruf zum gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind. — Die Sache hat ja nun an sich keine große Bedeutung. Aehnlichen Gedankengängen begegnet man auch in anderen bürgerlichen Kreisen. Was ihr die Bedeutung gibt, ist ihre Herkunft. Sie zeigt aufs neue und in deutlichster Art, was es mit dem vielberufenen unpolitischen Charakter der Kriegervereine auf sich hat. Sie sind in Wirklichkeit nichts anderes, als eine Schutztruppe der Ordnungspolitik".

An die Scholle gefesselt. Der „Landflucht der Lehrer" will Herr v. Studt, der „Vater" des neuen Schulgesetzes, einen Riegel vorschieben. Er hat ein geniales Mittel erdacht: Den Städten soll einfach verboten werden, durch höhere Gehälter die Landlehrer „anzulocken". Die Agrarier können es nicht hindern, daß ihre Arbeiter, von den höheren Löhnen und besseren Lebensbedingungen gelockt, in die Städte abwandern und das Heer der Industrie vermehren. Der preußische Kultusminister aber besitzt die Machtmittel, die Lehrer zum Ausharren unter oft ungünstigen Lebensbedingungen auf dem Lande zu zwingen, und er wendet sie an. Diese Beschränkung der Freizügigkeit ist eines der weiteren Mittel, mit denen die Studtsche Schulpolitik die Volksschule in Preußen „hebt". Die betreffende Verfügung über die Regelung der Lehrerbesoldungsfrage an die Bezirksregierungen lautet:

„Durch den Staatshaushaltsetat für das laufende Etatsjahr sind unter Kapitel 121 Titel 34 neue Mittel zu laufenden widerruflichen Staatsbeihilfen für leistungsschwache Schulverbände zu dem Zwecke bereitgestellt worden, tunlichst eine Erhöhung des Mindestgrundgehaltes der ersten und alleinstehenden Lehrer auf 1100 Mark, der übrigen Lehrer auf 1000 Mark, der Lehrerinnen auf 800 Mark und des Mindestsatzes der Alterszulagen für sämtliche Lehrer auf 120 Mark und der Lehrerinnen auf 100 Mark herbeizuführen.

Die Maßnahme zielt darauf ab, auf dem Gebiete des Besoldungswesens der Volksschullehrer und Lehrerinnen eine größere Gleichmäßigkeit und Stetigkeit herzustellen und der Landflucht der Volksschullehrer entgegenzuwirken. Daraus folgt, daß die königlichen Regierungen und die ihnen unterstellten Organe in der Besoldungsfrage keine Schritte unternehmen dürfen, die dieses Ziel in Frage stellen könnten. Wenn demnächst Schulverbände, insbesondere Stadtgemeinden, eine weitere Erhöhung des Grundgehaltes und der Alterszulagen ihrer Volksschullehrer und Lehrerinnen beschließen sollten, so ist von der königlichen Regierung vor der Bestätigung des Erhöhungsbeschlusses sorgfältig zu prüfen, ob dadurch das von der Staatsregierung verfolgte Ziel gefährdet werden würde. Gelangt die königliche Regierung zu der Ueberzeugung, daß der Beschluß in dieser Beziehung erheblichen Bedenken unterliege, so ist der Fall mir vorzutragen."

Weiter heißt es in der Verfügung:

„Die Zahlung der staatlichen Beihilfen darf erst erfolgen, wenn der Schulverband die Uebernahme des gesamten mit der Erhöhung verbundenen Mehraufwandes bedingungslos und unabhängig von der in Aussicht gestellten staatlichen Beihilfe beschlossen hat oder eine dahingehende rechtskräftige Feststellung im Beschlußverfahren getroffen worden ist. Im übrigen sind bei der beabsichtigten Aufbesserung des Grundgehaltes auch die Lehrerstellen zu berücksichtigen, mit denen ein Kirchenamt dauernd verbunden ist, insofern und insoweit das reine Lehrergrundgehalt hinter den oben gedachten Mindestsätzen zurückbleibt. Es erscheint indes eine Berücksichtigung dieser Stellen dann nicht erforderlich, wenn diese bereits mit einem auskömmlichen Gesamtgrundgehalt der vereinigten Stelle derartig hoch ist, daß nach Abrechnung einer reichlich bemessenen durchschnittlichen Grundgehaltserhöhung für die kirchliche Mühewaltung von 400 Mk. mindestens die Sätze des Lehrergrundgehalts von 1100 Mk. bezw. 1000 Mk. verbleiben."

Der Schwerpunkt der Verfügung ruht in dem Mittelsatze. Es wird den Städten also nicht gestattet werden, derartige Gehaltssätze einzuführen, die die Landlehrer zum Abwandern in die Städte veranlassen könnten. So hat der Kultusminister die Lehrernot auf dem Lande spielend gelöst, und die Großgrundbesitzer werden befreit aufjubeln. Und nun sage noch einer, Herr von Studt sei kein großer Staatsmann!

Die württembergische Verfassungsreform ist nunmehr vollständig perfekt. Trotz der Gegnerschaft des Zentrums ist dieselbe von allen in betracht kommenden Instanzen angenommen worden. Dieselbe tritt am 1. Dezember 1906 in Kraft. Es wird angezeigt sein, zwecks Hervorhebung der Unterschiede den gegenwärtigen und den künftigen verfassungsrechtlichen Zustand in Württemberg gegeneinanderzuhalten. Die Erste Kammer besteht zurzeit aus 29 Mitgliedern, darunter 23 hochfeudale erbliche Gesetzgeber. 6 Mitglieder sind vom König auf Lebenszeit ernannt. Die 93 Mitglieder zählende Zweite Kammer setzt sich zusammen aus je einem Vertreter der 63 Oberämter, 7 Abgeordnete der sogenannten guten Städte, die seit 1868 aus allgemeinen Wahlen hervorgehen. Dazu kommen noch 13 Abgeordnete der Ritterschaft, die 6 evangelischen Generalsuperintendenten (Prälaten), der Landesbischof, ein Vertreter des Domkapitels, der dienstälteste katholische Dekan und der Kanzler der Universität Tübingen. Diese Elemente kommen künftig in verminderter Zahl in die Erste Kammer, deren Zusammensetzung sich wie folgt gestalten wird: 23 Mitglieder des hochfeudalen erblichen Schlages, 6 vom König auf Lebenszeit ernannte Mitglieder, 8 Vertreter der Ritterschaft, 4 Prälaten, 2 Vertreter der Hochschulen, 2 Vertreter der katholischen Kirche, 2 Vertreter der Landwirtschaft und 5 Vertreter von Industrie, Handel und Handwerk. Die Zweite Kammer aber wird sich künftig aus 92 Mitgliedern zusammensetzen, und zwar aus 63 Abgeordneten der Oberämter, 6 Vertretern der guten Städte, 6 Abgeordneten Stuttgarts und 17 Ersatzabgeordneten. Davon werden die beiden ersten Kategorien nach dem bisherigen System gewählt. Die 6 Abgeordneten Stuttgarts werden nach dem Proporz gewählt, ebenso die 17 Ersatzabgeordneten, wobei von den 4 Regierungskreisen des Landes je zwei 8 und 9 Vertreter nach dem Proporz zu wählen haben. Diese Art der Berufung der Zweiten Kammer wird ein schwäbisches Kuriosum sein. Sie hätte eine viel einfachere, gerechtere und zweckmäßigere sein können, würde man sich auf den Boden der sozialdemokratischen Anträge gestellt haben. Wenn wir die zahlreichen Fragen von geringerer und mittlerer Bedeutung, die im württembergischen Verfassungskampf eine Rolle gespielt haben, ausschalten, so gab es in dem nun ausgefochtenen Kampfe im wesentlichen drei Hauptstreitpunkte: Verstärkung der Ersten Kammer, Schaffung einer reinen Volkskammer ohne Schwächung ihres seitherigen numerischen Gewichts und die Gestaltung des Budgetrechts. Die Verstärkung der Ersten Kammer lag der Regierung am meisten am Herzen und die bürgerlichen Parteien des Landtags waren töricht genug, der Ersten Kammer noch mehr aufzwingen zu wollen, als diese selbst begehrte. Noch vor wenigen Tagen wäre die Reform beinahe an dieser superklugen Taktik gescheitert. Man fand aber einen Weg, der das verhütete und der auch der Sozialdemokratie, die ein Interesse an einer möglichst schwachen Ersten Kammer hat, die Zustimmung zur ganzen Reform etwas erleichterte. Als einer der empfindlichsten Punkte entpuppte sich von vornherein die Frage der Zusammensetzung der Zweiten Kammer. Die Regierung stellte die Zumutung, sich mit 75 Abgeordneten zu begnügen und auf einen Ersatz für die Ausscheidung der Privilegierten überhaupt zu verzichten. Dieser Standpunkt der Regierung fand die Unterstützung durch die Erste Kammer, die obendrein noch Ansprüche inbezug auf das Steuerbewilligungsrecht der Stände stellte. Die Frage der künftigen Stärke der Zweiten Kammer war besonders dadurch sehr kompliziert, daß man sich außerhalb der Sozialdemokratie weder zu einer neuen Wahlkreiseinteilung entschließen mochte, noch die ganze Kammer durch den Proporz berufen wollte. Das Steuerbewilligungsrecht wurde schließlich das Handelsobjekt, vermittelst dessen man dann zu der oben mitgeteilten künftigen Gestaltung der Zweiten Kammer gelangte. Die Zugeständnisse, die im

Sachen des Steuerbewilligungsrechts von der Zweiten Kammer gemacht werden mußten, sind nicht zu unterschätzen, wenn sie auch praktisch an Bedeutung wesentlich verlieren. Gelungen ist es dagegen, das Vorrecht der Zweiten Kammer beim Ausgabeetat im vollen Umfange erfolgreich zu erhalten. Unter anderen Umständen wäre es möglich gewesen, die Reform mit weniger Zugeständnissen an die Erste Kammer zu erkaufen. Verantwortlich für die mangelhafte Situation ist in erster Linie das Zentrum, das 1898 der Reform plötzlich in den Rücken fiel. Damit schieden 18 Volksabgeordnete von der positiven Beteiligung an einer Verfassungsreform aus. Man war genötigt, die Reform mit den privilegierten Elementen zu machen, um eine Zweidrittelmehrheit zu erreichen. Den Junkern in der Ersten Kammer wurde dadurch der Nacken erheblich gesteift. Das Resultat des Kompromisses mußte sonach ein wenig befriedigendes sein. Unschuldig an der Situation sind auch die liberalen Parteien nicht, denen seit langem Nachgiebigkeit und Schwäche zur zweiten Natur geworden sind. Die Sozialdemokratie hat der Reform zugestimmt. Sie bildete das Zünglein an der Wage. Die Entscheidung ist ihr nicht leicht gefallen, aber sie wollte die reine Volkskammer nicht vereiteln. Sie dafür mitverantwortlich zu machen, daß nicht mehr erreicht wurde, wird ein kindisches Beginnen unserer Gegner sein. Wenn Regierung, Erste Kammer und bürgerliche Parteien aber glauben, die Sozialdemokratie werde sich der allgemeinen Anschauung anschließen, den Kampf um die Verfassung, der jahrzehntelang das öffentliche Leben Württembergs beherrschte, durch diese Reform als abgeschlossen zu betrachten, dann täuschen sie sich. Der Ruf nach einer Reform in wahrhaft demokratischem Sinne wird nicht verstummen.

Amnestie und Präsentiermarsch. Daß trotz aller ihrer Mahnungen Wilhelm II. sich noch immer nicht aus Anlaß der Geburt eines neuen Hohenzollernsprossen zu einem Amnestieerlaß zu entschließen vermag, stachelt einzelne liberale Blätter zu wilder Entrüstung auf. Die „National-Zeitung" sieht bereits alle Stützen des deutschen Patriotismus wanken und versteigt sich in ihrem Schmerz zu pathetischen Tiraden, deren verrückte Geschraubtheit befürchten läßt, daß der „Donner der Salutschüsse" trotz der beträchtlichen Entfernung vom Lustgarten bis zum Redaktionslokal der „Nat.-Ztg." dort hysterische Krampfanfälle ausgelöst hat. Das Blatt schreibt nämlich:

Ein Kaiserenkel ward geboren! — das Kind Deutschlands. Unser Volk, in seiner überwältigenden Mehrheit monarchisch auch heute noch, will ihn an sein Herz nehmen. Helle Freude in den Gesichtern, wohin man blicken mochte, am 4. Juli. Seit den Tagen der „gnädigen Frau von Paretz", seit ein großes, gütiges, warmes Königinnenherz die Volksseele auch dem Familienleben der Hohenzollern eroberte, haben wir nicht aufgehört, uns an jedem Sonnenstrahl zu wärmen, der ins Fürstenhaus fiel, seine Feste als unsere zu feiern, seine Kinder als unsere zu lieben, um seine Kranken uns zu sorgen, um seine Toten zu weinen. So sind sie uns mehr geworden als jedem anderen Volke seine Dynastie. Den Begriff des Landesvaters und der Landesmutter kennen nur wir, nur bei uns konnte er einen inneren Gehalt haben — eine Tradition werden!

Dieses Verhältnis zwischen Herrscher und Volk, heißt es dann weiter, erfordere aber, daß bei einem solchen „Familienereignis im Zollernschloß" wie der Entbindung der Kronprinzessin die Krone von ihrer Prärogative der Gnade Gebrauch mache. Aber noch immer höre man nichts von Amnestie:

„Wir haben für den 4. Juli ein Zeichen erwartet — vom Landesvater, dem unsere Herzen so warm entgegenschlagen, der uns so viel mehr ist als ein gerechter Herr. Wir sehnten uns mit allen Fibern nach dem Beweis dafür, daß unserem Kaiser auf seinen zahllosen Reisen und inmitten seiner militärisch-höfischen Umgebung das unmittelbare Erfassen und Verstehen der Volksseele nicht verloren gegangen ist. Wir dachten an eine Amnestie, weil die Ausübung des Rechtes der Gnade hier immer das sinnfälligste Symbol bleibt, aber wir hatten uns auch jedes anderen Zeichens gefreut, das herausfiel aus dem Kleinkram höfischer Gunstbeweise, der nachgerade so künstlich, vielverschlungen und damit dem gesunden Denken im Volke so fremd wird, daß es sich in alldem nicht mehr zurechtzufinden vermag.

Und was hat uns nun der 4. Juli gebracht? Die Verleihung eines Präsentiermarsches an die Yacht „Hohenzollern" ... Wir bescheiden uns! Das Recht der Gnade ist ein Recht des Fürsten, nicht des Volkes. Die Geburt des Kaiserenkels ist ein Familienfest der Hohenzollern, ein Familienfest, über das sich der Mann auf der Straße freuen oder nicht freuen kann, wie es ihm beliebt, ein Fest jedenfalls, das den Sündern nicht leuchtet — so werden wir belehrt." —

Der afrikanischen Sandwüste ist wiederum 1 Reiter zum Opfer gefallen; 1 Reiter wurde verwundet.

Rußland.

Ein neues Attentat ist sozusagen unter den Augen des Zaren begangen worden. Im Park von Peterhof wurde der Generalmajor Koslow erschossen. Ueber das Attentat, das mutmaßlich dem General Trepow galt, wird berichtet: Im Peterhofer Park tötete ein anständig gekleideter Mann vor den Augen des promenierenden Publikums den Generalmajor Koslow durch drei Revolverschüsse. Vom Publikum verfolgt feuerte der Mörder noch drei Schüsse ab, wurde aber dennoch festgenommen. Der ermordete Generalmajor Koslow stand dem politischen Leben ganz fern. Man behauptet, daß der General, der eine große Aehnlichkeit mit General Trepow hatte, das Opfer eines Irrtums geworden ist. Der Mörder, ein junger Mann von 26 Jahren, habe geglaubt, Trepow vor sich zu haben.

Bei einer schweren Militärrevolte in Tambow wurde ein Offizier getötet und mehrere Soldaten schwer verwundet.

Serbien.

Eine Wahlrechtsbewegung ist auch in Serbien entstanden. Die neue Skupschtina beabsichtigt, das jetzige Wahlrecht gewissermaßen zu beschränken, was das serbische Proletariat veranlaßt, nunmehr eine rege Agitation einzuleiten im Interesse des allgemeinen Wahlrechts. Das Proletariat hätte mit dieser Aktion schon längst begonnen, doch die Organisationen waren bei weitem nicht genügend ausgebaut und das Wahlrecht war bis jetzt wenigstens einigermaßen erträglich. Am 22. d. M. sollen nun zur Propaganda für das allgemeine Wahlrecht im ganzen Lande Versammlungen abgehalten werden. Das serbische Proletariat ist entschlossen, einen energischen Kampf zu beginnen und nicht zu ruhen, bis das allgemeine Wahlrecht Gesetz wird.

England.

Die englischen Gewerkschaften segeln, wie bekannt, einstweilen noch im Fahrwasser des Kapitalismus und ihre Führer geben die Parole aus, daß die Arbeitgeber sich zu Vereinigungen zusammenschließen sollen, um das Moment der Konkurrenz nach Tunlichkeit zu beschränken, und dadurch bessere Verdienste zu erzielen, aus denen den Arbeitnehmern höhere Löhne gezahlt werden sollen. Diese wirtschaftliche Naivität wird indessen stark bekämpft von den einsichtsvollen Elementen der gewerkschaftlichen Arbeiterschaft, welche den Uebertritt ins sozialistische Lager befürworten, und nichts mehr von den Arbeitgebern erwarten. Diese Anschauung wird gestützt durch die Erklärung eines der Führer der jetzt am Ruder befindlichen liberalen Partei, Lord Rosebery's, welcher einer Abordnung Unbeschäftigter rund heraus erklärt hat, sie sollen sich an General Booth von der Heilsarmee wenden, weil die liberale Partei keinen Rat wisse, wie das Problem der Unbeschäftigten zu lösen sei. Der edle Lord fügte hinzu, das Beste würde sein, Booth zum Diktator Englands zu machen. Rosebery ist zum Staatsmann erzogen, Booth, der Sprosse eines Geldverleihers in Nottingham, eines Geschäftszweiges, welcher in England keiner Beschränkung hinsichtlich des Zinsennehmens unterliegt. In diesem Geschäfte hat Booth seine ersten Lebenserfahrungen und geschäftlichen Erfahrungen gesammelt, um später Prediger bei den Nonconformisten zu werden. Der „Staatsmann" weiß sich keinen anderen Rat, als an den ehemaligen Kommis des Pfandleihers zu verweisen, und beweist damit, daß er ebenso wenig im stande ist, wie die Tories, die von den Wählern gegebenen Versprechungen zu verwirklichen und diejenige Hülfe zu gewähren, welche der der Charlatanen Chamberlain unter der Möglichkeit, jedem Bedürftigen zwei Acker Landes und eine Kuh zu bewilligen, in Wahlreden einstens rubriziert hat. — Nachdem nun die Arbeiterschaft zu der Ueberzeugung gelangt, daß die beiden Parteien ihr weder helfen können, noch ernstlich wollen, nachdem sie zum Klassenbewußtsein erwacht ist, dank der Tätigkeit selbstloser Männer, versuchen die bürgerlichen Parteien mit Hülfe der Polizei und der Geistlichkeit die freie Rede zu unterdrücken. So ist bereits versucht worden, die öffentlichen Versammlungen einzuschränken. Als am Sonntag ein Meeting abgehalten wurde, erschien sofort ein Polizeiinspektor unter Begleitung von Polizeikonstablern und begann Namen aufzuschreiben. Mr. Seddon, Mitglied des englischen Parlaments, welcher auf den Sockel einer großen Gaslaterne saß, sagte dem Inspektor: „Mein Name ist Seddon, und ich werde mich nicht von der Stelle rühren". Diese Erklärung wurde mit Hochrufen empfangen und die Polizei wurde ausgezischt. Mr Seddon erklärte hierauf, er sei anwesend, um das Recht der freien Rede zu wahren. Die Versammlung könnte möglicherweise eines formalen Verstoßes gegen eine veraltete Parlamentsverfügung sich schuldig machen, aber diese alte Verordnung stände auf derselben Stufe mit der, nach welcher ein Mann, der am Sabbath einem fortfliegenden Hute nachlaufe, sich einer Sabbathschändung schuldig mache. Während der Versammlung hielt ein starkes Polizeiaufgebot die Anwesenden in Bewegung und erlaubte keine Gruppierung um den Redner; sie notierte eifrig Namen für die einzuleitende Verfolgung.

Amerika.

Kriegserklärung. Nach einem Telegramm aus San Salvador hat die Republik Honduras an Guatemala den Krieg erklärt.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 16 Juli.

Zuzug von Holzarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Wegen Massregelung von Verbandsmitgliedern ist der Boykott über die Thüringer Wurstfabrik von Aug Scheere verhängt worden. Arbeiter, denkt daran!

Achtung, Flußschiffer! Ueber den Betrieb von A. Holst Wwe. ist die Sperre verhängt.

Das Volksfest hat am Sonnabend nachmittag unter zahlreicher Beteiligung des Publikums seinen Anfang genommen. Das Wetter war vorwiegend günstig, wenn auch einige Regenschauer zeitweilig die Leute in die Zelte flüchten ließen. Der Festplatz bot das gewohnte buntbelebte Bild; zahlreiche Händler preisen ihre Waren in lautester Weise an, während in den Buden für Speise und Trank, sowie auch für den dazu gehörigen Ohrenschmaus gesorgt wird. Neu — ob schön ist eine andere Sache — ist in diesem Jahre die Tribüne. Der Festzug bestand, wie gewöhnlich, in der Hauptsache aus Musikern, Reklamewagen und Lehrlingen; letztere sollten wahrscheinlich das Handwerk repräsentieren. Boshafte Menschen waren der Ansicht, daß beabsichtigt sei, den Fremden vor Augen zu führen, in wie hoher Blüte in Lübeck die Lehrlingszucht in einzelnen Gewerben steht. Natürlich bewegte sich der Festzug, da er nicht von Arbeitern arrangiert war, durch die Breitestraße. Sonst ist vom Volksfest nichts von Bedeutung zu melden.

Zwei wichtige Entscheidungen hat das Reichsversicherungsamt in einer vielumstrittenen Frage gefällt. Es handelt sich darum, ob den Mitgliedern einer Krankenkasse, die von der Landesversicherungsanstalt in einer Heil- bez. Erholungsstätte untergebracht werden, der ihnen neben freier Kur und Verpflegung zustehende Teil des Krankengeldes von der Versicherungsanstalt oder von der Krankenkasse zu zahlen ist. Oft genug weisen die Versicherungsanstalten solche Ansprüche zurück und auch die Krankenkassen weigern sich in solchen Fällen nicht mit Unrecht, denn in § 18 des Invalidenversicherungsgesetzes wird ausdrücklich gesagt: „Läßt die Versicherungsanstalt ein Heilverfahren eintreten, so gehen bei Versicherten, die der reichs- und landesgesetzlichen Krankenfürsorge unterliegen, vom Beginne dieses Heilverfahrens an bis zu dessen Beendigung die Verpflichtungen der Krankenkasse gegen den Versicherten auf die Versicherungsanstalt über." Demnach hat also der Versicherte seine Ansprüche, also auch soweit sie sich auf Krankengeld richten, nur bei der Versicherungsanstalt geltend zu machen. Bei dem klaren Wortlaut des Gesetzes erscheint die Weigerung der Versicherungsanstalten recht sonderbar, dennoch sind, wie erwähnt, solche Fälle durchaus nicht selten. Eine Landesversicherungsanstalt hatte für ein lediges Ortskrankenkassenmitglied das Heilverfahren durch Ueberweisung in eine Walderholungsstätte übernommen, sich aber geweigert, dem Versicherten das ihm nach dem Statut der Krankenkasse zustehende Krankengeld während des allerdings nur auf die Tagesstunden beschränkten Aufenthalts in der Erholungsstätte zur Auszahlung zu bringen, obwohl sie selbst es von der Krankenkasse erhalten hatte. Der hiergegen eingelegten Beschwerde hat das Reichsversicherungsamt stattgegeben und in der Begründung wird u. a. bemerkt, daß die das Heilverfahren für ein versichertes Krankenkassenmitglied durchführende Versicherungsanstalt von der Krankengeldleistung nur dann befreit ist, wenn auch die auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes berufene Krankenkasse unter den gleichen Verhältnissen ein Krankengeld nicht zu zahlen haben würde. Unter Krankenhauspflege und Kur ist die Unterbringung an einem Heilzwecken dienenden Orte zu verstehen dergestalt, daß nicht nur die geeigneten Maßnahmen zur Wiederherstellung der Gesundheit getroffen werden, sondern zugleich für die gesamten Lebensbedürfnisse des Kranken gesorgt ist. Fehlt aber eine dahingehende Leistung in den Heilmaßnahmen der Träger der Invalidenversicherung, so haben sie, wie unter gleichen Umständen die Krankenkassen, das dem Kranken zustehende statutarische Krankengeld, während der Dauer der Heilbehandlung zur Auszahlung zu bringen. In einem andern Falle hatte eine Landesversicherungsanstalt einem versicherten Krankenkassenmitgliede, dem nach dem Statut seiner Krankenkasse neben der freien Kur und Verpflegung in einem Krankenhause noch das besondere Krankengeld nach § 21, Absatz 1, Ziffer 3 des Krankenversicherungsgesetzes zustand, das Krankengeld um deswillen versagt, weil nicht der Vorstand der Krankenkasse, sondern die Versicherungsanstalt und zwar nach den Bestimmungen des Invalidenversicherungsgesetzes, die Unterbringung des Kranken in dem Krankenhaus angeordnet habe. Dieser Auffassung der Landesversicherungsanstalt ist das Reichsversicherungsamt entgegengetreten. Da feststand, daß dem Kranken, wenn das gleiche Heilverfahren von seiner Krankenkasse durchgeführt worden wäre, neben der freien Kur und Verpflegung im Krankenhaus ein Anspruch auf Krankengeld in Höhe eines Achtels des der Bemessung zugrunde liegenden durchschnittlichen Tagelohns zugestanden habe, so war die Landesversicherungsanstalt verpflichtet, dem Beschwerdeführer für die Dauer seiner Krankenhausbehandlung ein besonderes Krankengeld in der bezeichneten Höhe zu gewähren, denn die Verpflichtungen der Krankenkassen gegen die Versicherten gehen in solchen Fällen auf die Landesversicherungsanstalt über.

Uebersicht der Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle in der Stadt Lübeck im Monat Juni 1906. Eheschließungen fanden statt 52. Geboren sind 203 Kinder, davon 104 männlichen, 99 weiblichen Geschlechts, totgeboren 3 Knaben, 0 Mädchen. Gestorben sind 51 Personen männlichen, 45 weiblichen Geschlechts, in Summe 96. Demnach Ueberschuß an Geburten 53 resp. 54, insgesamt 107. Auf 1000 Einwohner waren 26,92 Geburten, 12,73 Sterbefälle zu verzeichnen. Von den Gestorbenen waren alt bis zu 1 Jahr 24, von 1 bis zu 5: 6, von 5 bis zu 15: 6, von 15 bis zu 30: 6, von 30 bis zu 60: 18, von 60 bis zu 70: 16, von 70 bis zu 80: 13, 80 Jahre und darüber 7. Die Todesursache war angeborene Lebensschwäche und Bildungsfehler (im ersten Lebensmonat) in 4, Altersschwäche (über 60 Jahre) in 6, Kindbettfieber in 1, andere Folgen der Geburt (Fehlgeburt) oder des Kindbetts in 1, Scharlach in 1, Masern und Röteln in 1, Diphtherie und Krupp in 0, Keuchhusten in 1, Typhus in 0, übertragbare Tierkrankheiten in 0, Rose (Erysipel) in 1, andere Wundinfektionskrankheiten in 0, Tuberkulose: der Lungen (Lungenschwindsucht) in 11, anderer Organe in 5, akute allgemeine Miliartuberkulose in 0, Lungenentzündung (Pneunomie) in 6, Influenza in 0, andere übertragbare Krankheiten in 0, Krankheiten der Atmungsorgane in 7, Krankheiten der Kreislauforgane in 10, Gehirnschlag in 5, andere Krankheiten des Nervensystems in 8, Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall in 8, andere Krankheiten der Verdauungsorgane in 4, Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane in 0, Krebs in 3, andere Neubildungen in 0, Gewaltsamer Tod: Selbstmord in 2, Mord und Totschlag, sowie Hinrichtung 0, Verunglückung oder andere gewaltsame Einwirkung in 3, andere benannte Todesursachen in 4, Todesursache nicht angegeben in 4 Fällen. Von den Gestorbenen entfielen auf die Stadt 37, Vorstadt St. Jürgen 13, St. Lorenz 22, St. Gertrud 9, in Kranken- und Heilanstalten 15.

Die Zahlungsschwierigkeiten der Stadthallengesellschaft. Im Amtsblatt stand gestern folgende amtliche Bekanntmachung zu lesen: Durch Beschluß des Amtsgerichts vom 27. Juni 1906 ist der Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens über das Vermögen der Stadthallengesellschaft m. b. H. in Lübeck abgelehnt, weil eine den Kosten des Verfahrens entsprechende Konkursmasse nicht vorhanden war.

Schwerer Unglücksfall. Der Sekretär des hiesigen schwedischen Konsulats Frederiksen und dessen Bruder, die mit einem Segelkutter im Schlepptau des Kopenhagener Postdampfers „Malmoe" stromabwärts nach Travemünde fahren wollten, gingen auf halbem Wege mit dem Boot unter und ertranken.

Norwegischer Konsul. Der zum Konsul von Norwegen für die freie und Hansestadt Lübeck ernannte Kaufmann James Bertling hierselbst ist vom Senate in der gedachten Amtseigenschaft anerkannt und zugelassen worden.

Wilhelm-Theater. Aus der Theaterkanzlei schreibt man uns: Der durchschlagende Erfolg, den der Schwank „Eine Hochzeitsnacht" gefunden hat, ermöglicht es, das urkomische, heitere Stück Dienstag bereits zum 9. Mal zu wiederholen. Am Mittwoch wird „Glück im Winkel" neu einstudiert gegeben; in Vorbereitung befindet sich die sensationelle Novität „Drei Tage aus dem Leben eines amerikanischen Detektivs" von Sherlok Holmes, die in Berlin und Hamburg zurzeit ausverkaufte Häuser macht. — Schnittbilletts haben ab 9 Uhr zu allen Vorstellungen Gültigkeit.

Handelsregister. Am 13. Juli 1906 ist die offene Handelsgesellschaft in Firma Jebsen u. Co. in Hamburg, Zweigniederlassung in Lübeck, eingetragen. Die Kaufleute F. H. Bluhme Jebsen in Lübeck und O. E. Nieschalk in Hamburg sind persönlich haftende Gesellschafter. Die Gesellschaft hat am 27. März 1906 begonnen.

pb. **Fahrraddiebstahl.** Am 15. ds. Mts. wurde von dem Hausflur des Hauses Mühlenstraße Nr. 34, Eingang Kapitelstraße, ein fast neues Fahrrad („Marke Tornado")

gestohlen. Das Fahrrad, welches schwarzen Rahmen und Felgen hat, ist mit Torpedofreilauf versehen und trug die Polizeinummer 2869.

pb. **Leichenfund.** Aufgefunden wurde gestern morgen in dem toten Arm der Trave eine weibliche Leiche.

pb. **Mißhandlung.** In einer hiesigen Herberge wurde gestern morgen ein zugereister Arbeiter von zwei Unbekannten derartig körperlich mißhandelt, daß er dem Allgemeinen Krankenhaus zugeführt werden mußte.

Niendorf a. O. Achtung, baugewerbliche Arbeiter! Ueber das Geschäft von Hardt ist die Sperre verhängt.

e. **Malente.** Das erste Sängerbundesfest der Gesangvereine des Fürstentums Lübeck fand hier gestern im Lokale des Herrn Krohn statt. Die auswärtigen Vereine waren zahlreich vertreten. In exakter Weise brachten die Gesangvereine ihre Lieder zu Gehör und fand mit ihren Darbietungen bei den zahlreichen Zuhörern lebhaften Beifall. Alle Teilnehmer schieden in dem Bewußtsein, einen herrlichen Tag verlebt zu haben.

Hamburg. Wie der Firma Auer u. Co. ein gutes Geschäft entzogen wurde. Vier nicht ganz unbekannte Sozialdemokraten, die Reichstagsabgeordneten Auer, Bebel, Förster und Singer, sind Inhaber der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt, eines nicht ganz unbedeutenden Unternehmens, zu dem neben dem Verlag einer großen Tageszeitung von über 50 000 Auflage, neben dem Verlag eines Kalenders, der zu hunderttausenden ins Volk geht, neben einer Buchdruckerei, die verschiedene Fachblätter in gewaltiger Auflage herstellt, auch eine Sortimentsbuchhandlung gehört. Diese Buchhandlung erhielt nun dieser Tage eine wirklich verlockende Offerte vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie; dem Reichsverband, der mit bisher nie dagewesener Gründlichkeit alle, auch die geheimsten Geheimnisse der Sozialdemokratie erforscht und alle geschäftlichen Unternehmungen derselben so genau kennt, daß er jeden Tag die ††† Führer als blutzeugende Ausbeuter an den Pranger zu stellen vermag. Die Offerte des Reichsverbandes an Auer u. Co. — also an Auer, Bebel, Förster und Singer — lautet:

In der Anlage gestatten wir uns Ihnen einen Prospekt unserer Abt. Buchhandel mit der recht dringenden Bitte zu überreichen, diesen in Ihrem Schaufenster anzubringen. Wir weisen ganz besonders darauf hin, daß auf ausdrücklichen Wunsch der unserem Verband angehörenden 120 000 Mitglieder eine Verbreitung unserer Verlagswerke gewünscht wurde. Es liegt uns nicht daran, Summen durch die Verbreitung unserer Werke zu verdienen, sondern lediglich daran, gegen die von der Sozialdemokratie betriebene Volksverdummung und Volksverhetzung energisch anzukämpfen. Wir sind davon überzeugt, daß untere deutschen Buchhandlungen als Mitträger und Mitverbreiter der Wissenschaft mit uns auf nationalem Boden stehen und eines Sinnes mit uns sind, daß eine Aufklärung des Volkes weit mehr Segen verspricht als Versammlungen. Zu diesem Zwecke bitten wir auch die Schriften unseres Verlages in Ihrem Schaufenster auszustellen. Damit Ihnen nun für Ihre rege Verwendung unserer Verlagswerke auch lohnender Verdienst bleibt, sind wir gern bereit, auf Verlangen je ein Freiexemplar, die festverlangten Exemplare bar mit 50 Prozent Rabatt zu liefern.

Mit der Bitte, uns Ihre Bestellungen freundlichst auf dem beigefügten Wahlzettel zugehen zu lassen, zeichnen wir

mit vorzüglicher Hochachtung
Reichsverbandsverlag.

Hierzu bemerkt das „H. E.": Fünfzig Prozent Rabatt! „Haißt 'n Geschäft!" Aber — sollte man es glauben? — die Buchhandlung von Auer u. Co., die mit so großer Umsicht vom Reichsverband ausgesucht wurde, nie antisozialdemokratischen Schriften zu verbreiten — verzichtete auf die Beteiligung an dem gewinnbringenden Unternehmen, verzichtete sogar auf die Freiexemplare. Und doch wäre die Gelegenheit so günstig gewesen, die sozialdemokratische Parteikasse zu bereichern! Warum nur? Weil sie kein Schaufenster hat!

Kiel. Die Affäre des Brudermörders Steffen Karstens aus Nesserdeich, den das Schwurgericht am 7. Juli v. J. zum Tode verurteilte, ist anscheinend an einem entscheidenden Wendepunkte angelangt. Karstens betreibt bekanntlich das Wiederaufnahmeverfahren und nachdem ein diesbezüglicher Antrag abgelehnt war, erreichte er durch Beschwerde, daß der Oberarzt der hiesigen Nervenklinik, Dr. Raeche, mit der Abgabe eines Gutachtens beauftragt wurde. Dies ist jetzt eingegangen. Er bestätigt die Feststellungen des Kreisarztes Dr. Bockendahl, wonach Karstens zwar als geistig minderwertig, aber nicht als für sein Tun unverantwortlich anzusehen ist. Dem Brudermörder wird darnach nur der Weg der Gnade bleiben. — Eine städtische Rechtsauskunftsstelle plant der hiesige Magistrat. Das Institut soll unter der Voraussetzung errichtet werden, daß der Staat zu den Kosten eine Beihülfe in Höhe von 5000 Mark jährlich gewährt. Wie die „K. Ztg." mitteilt, soll es eine „gemeinnützige und unparteiische" Auskunftsstelle sein, die von jedermann kostenlos benutzt werden kann. — Offenbar soll das geplante Institut, wie in Lübeck, eins der kleinen Mittel sein, mit denen man der Sozialdemokratie das Wasser abzugraben sucht. Die von den Arbeitern ins Leben gerufenen und unterhaltenen Arbeitersekretariate erfreuen sich in der breiten Masse schon jetzt großen Vertrauens und großer Beliebtheit und ihr Ansehen, damit aber auch ihre agitatorische Wirkung in der Masse wächst von Tag zu Tag. Dem hofft man nun mit dem städtisch staatlichen Projekt entgegenzuarbeiten. Helfen wird es freilich nicht.

Rodding. Der neue Kurs in Nordschleswig. Bislang begnügte man sich damit, das Absingen einzelner besonders „aufreizender" Lieder zu verbieten und Zuwiederhandelnden die Geldbeutel zu erleichtern. Da hatte ein findiger Kopf herausgefunden, daß auch die Verbreitung dieser aufreizenden Lieder den Staat in Gefahr bringen könnte. Diese Erfindung führte zum Prozeß gegen das blaue Liederbuch und Professors Schröders „berühmte" Begutachtung nordischer Literatur. Die neueste Entdeckung hat aber unsere Polizeiverwaltung gemacht. Vor etwa drei Wochen wurde hier Tierschau abgehalten. Bei dieser Gelegenheit soll die hiesige Musikkapelle die Melodie zu „Der er et yndigt Land" gespielt haben. Ja, man denke sich nur die grausige Tat. Aber zum Glück hat das Auge des Gesetzes gewacht und die Tat hat ihre Sühne bekommen. Dem Kapellmeister Andresen in Langetwedt hat der Amtsvorsteher eine Geldstrafe von 30 Mk. zudiktiert. Es heißt, daß Andresen sich hiermit nicht zufrieden geben will und daß er die Sache vor das Gericht zu bringen gedenke, weil er der Meinung ist, daß es nur verboten sei, dies Lied zu singen. Ob Herr Andresen denn wirklich vergessen haben sollte, daß wir in Preußen wohnen?

Oldenburg. Eine Landeskonferenz des Herzogtums sowie Ostfrieslands tagte gestern in der „Tonhalle" in Osternburg. Auf derselben war auch das Fürstentum Lübeck durch den Reichstagskandidaten vertreten. Den Hauptgegenstand der Beratung bildete die Gründung einer Landesorganisation, die lebhafte Debatte hervorrief. Beschlossen wurde u. a., daß die Wahlkreisorganisationen pro Mitglied und Monat 10 Pfg. an die Landeskasse abführen sollten. Die Anstellung eines Parteisekretärs wurde abgelehnt. Nach 8stündiger Tagung wurde die Konferenz geschlossen.

Letzte Nachrichten.

Grenoble. Bei dem Badeorte Uriage stießen heute Vormittag zwei Wagen der elektrischen Straßenbahn zusammen. Zehn Fahrgäste und vier Beamte wurden verletzt.

Nürnberg. Ein am 28. Juni in Nürnberg aufgegebenes Paket, das nach Stuttgart adressiert war und jetzt zurückgekommen ist, enthielt bei der Oeffnung die Leiche eines erdrosselten männlichen Kindes.

Breslau. Im Prozeß Zander wurde der Hauptangeklagte Major a. D. Zander zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Für die übrigen Angeklagten lautete das Urteil auf Freisprechung.

Differdingen. Hier stürzte das Gerüst eines Neubaues zusammen. Der Bauunternehmer wurde getötet, zwei Arbeiter erlitten schwere Verletzungen.

Königswusterhausen bei Berlin. Hier haben zwei Einbrecher bei zwei Rechtsanwälten Einbrüche verübt. Bei dem einen erbeuteten sie aus einem Geldschrank 15000 Mark in Wertpapieren und 3000 Mark in bar, bei dem anderen fanden sie nichts.

Dalheim (Luxemburg). Hier wurde eine Frauensperson verhaftet, die ihr mehrere Monate altes Kind verhungern ließ. Die Untersuchung ergab, daß sie auf gleiche Weise bereits fünf uneheliche Kinder beseitigt hat.

Quittung.

Für die ausgesperrten Lithographen und Steindrucker gingen bei uns ein:

Verband der Steinsetzer	30 Mk.
Bereits quittiert	456 „
Summa	486 Mk.

Expedition des „Lüb. Volksb."

Lübecker Marktpreise vom 14. Juli

Bauern-Butter Pfd. 1,10 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,20, Hasen Stck. — Mk., Enten Stck. —3,00 Mk., Hühner St. —2,00 Mk., Küken Stck. 1,20 Mk., Tauben Stck. 0,60 Mk., Gänse Pfd. —,— Pf., Flickgans — Mk., Schweinefleisch Pfd. 0,60 Mk., Schinken Pfd. 1,20 Mk., Wurst Pfd. 1,20 Mk., Eier 9 Stück 60 Pfg., Karpfen Pfd. — Pfg., Ger. Lachs Pfd. 1—2,40 Mk., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 70 Pfg., Barsche Pfd. 70 Pfg., Aal Pfd. 0,80 Mk., Aepfel beste Gravensteiner 100 Pfd. —,— Mk., Rennen 100 Pfd. —,— Mk., andere Sorten 100 Pfd. —,— Mk., Pflaumen 100 Pfd. — Mk., Blumenkohl, d. Kopf 20—30 Pfg., Kirschen, Pfd. 20—30 Pfg., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken, Kiste 4,50—5,50 Mk., Zwiebeln 100 Pfd. 6 Mk., Kartoffeln, junge, 200 Pfd. 14,00 Mk., per 10 Liter 50 Pfg., magnum bonum, 200 Pfd. 4,00 Mk., Kartoffeln 10 Liter 35 Pfg., Heringe 2 St. — 10 Pf., Dorsche genüg., Brachsen Pfd. — Pf., Gemüse genügend.

Zu verkaufen:
Haus mit 4 Dreistuben-Wohnungen und Zubehör für 15,500 Mk. bei 1500 Mk. Anzahlung
Haus mit 4 Dreistuben-Wohnungen u. Zubehör für 17,500 Mk. bei 3000 Mk Anzahlung, passend für ein Barbiergeschäft. Sichere Existenz.
Näheres erteilt:
W. Lobbes, Lübeck, Tremserkamp 8.

Unser Räumungs- u. Reste-Ausverkauf
in allen Abteilungen
beginnt am
Mittwoch den 18. Juli.
Markmann & Meyer
Breitestrasse 44.

Verkaufshalle von Lebensmitteln.

Kartoffelmehl	Pfd. 15 Pf.
Kakao	- 88 -
Reismehl	Pfd. 17 u. 14 -
Puddingpulver	3 Pakete 14 -
Himbeersaft	Flasche 35 -
Zucker (Kristall)	Pfd. 19 -
- (K. gem.)	
Brodenzucker	- 22 -
K. Salzheringe 10 St.	48 u. 38 -
Sommerfang	3 Stück 10 -

Otto Burckhardt
Hüxstraße 42.

Adolf Hübner, Uhren- u. Goldwarenhandlung, u. Reparaturwerkstatt. Fischhausen 13.

Wilhelm-Theater.
Dienstag den 17. Juli. 8 Uhr.
Zum 9. Male.
Durchschlagender Lacherfolg:
Eine Hochzeitsnacht.
Schwank in 3 Akten von Feroul-Barre.
Mittwoch: **Glück im Winkel.**
Vorverkauf bei F. W. Kaibel, Otto Borchert, Breitestr. u. Drekalt, Sandstr. Dutzendbilletts an der Theaterkasse.
Ab 9 Uhr: Schnittbillets.

1 wenig gebr. Scheidenschiebkarre zu verkaufen
Ludwigstraße 69, pt., r.

Verloren eine Damenuhr mit Goldrand auf dem Burgfeld. Abzug. geg. Bel. Stavenstr. 11. Die Kinder, die am Freitag zwischen 5 u. 6 Uhr die Uhr aufgenommen haben, sind erkannt.

Bibliothek des praktischen Wissens.
Nr. 1. **Die Kunst der Rede,** Mk. 1.
Nr. 2. **Das Ehe- und Familienrecht,** Mk. 0.75.
Nr. 3. **Das Vormundschaftsrecht,** Mk. 0.75.
Nr. 4. **Das Erbrecht und die Testamente,** Mk. 0.75.
Nr. 5. **Das Recht der unehelichen Kinder und der Kindermütter,** Mk. 0.75.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

„Die Neue Zeit"
— Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. —
Buchhandlung u. Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.

Uhrfeder einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.
Ernst Gentzen, Uhrmacher
Königstraße 62, b. d. Hüxstraße.

Verband d. Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.
(Zahlstelle Lübeck)
Mitglieder-Versammlung
am Dienstag den 17. Juli
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom 2. Quartal 1906.
3. Kartellbericht.
4. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Löwigt. Verleger: Theodor Schwartz. — Druck: Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 163. Dienstag, den 17. Juli 1906. 13. Jahrgang.

Frauen herbei!

Ky. Unendlich viel können die Frauen für den Fortschritt der modernen Arbeiterbewegung wirken! Daher muß es gelingen, sie mit dem Verständnis für den Kampf der Männer zu erfüllen. Auch sie müssen für unseren großen Befreiungskampf mobil gemacht werden! Gerade die Frauen haben Ursache, ernsthaft über ihre Lage nachzudenken; denn wird der männliche Proletarier als ein Mensch zweiter Klasse betrachtet, so werden die Frauen vom Staat und leider auch oft genug von den Männern geradezu als Wesen niederer Gattung behandelt. An ihnen wird doppeltes Unrecht verübt. Wohl bürdet man ihnen Pflichten auf, aber Rechte versagt man ihnen. Die Sorge um den Haushalt und die Erziehung belasten ihre Schultern mindestens ebenso schwer wie die des Mannes. Die indirekten Steuern und Verbrauchsabgaben fordern von der Frau die gleichen Summen wie vom Manne; auch hat sie als Erwerbstätige von ihrem geringen Einkommen die gleichen Steuersätze wie der Mann zu zahlen.

Außer der Militärpflicht legt der Staat den Frauen alle Pflichten der Männer auf; trotzdem bleiben sie rechtlos!

Die Gesetze fordern von ihnen die größten Lasten, doch die Vereinsgesetzgebung der meisten Bundesstaaten verbietet ihnen die Beteiligung an der Gestaltung der Gesetze und am politischen Leben. Das Vereinsgesetz in Preußen stellt in seinem wunderbaren Amtsdeutsch die „Frauenspersonen" direkt mit Lehrlingen und unmündigen Kindern auf dieselbe Stufe.

Die Frauen haben alle Ursache, sich der kläglichen Rolle bewußt zu werden, die ihnen der Staat im politischen Leben zuweist. Fast ebenso traurig ist auch ihre Rolle im wirtschaftlichen Leben. Die technische Entwicklung zwingt die Frauen und Mädchen immer mehr in die Fabriken hinein, und immer werden infolge der niedrigen Löhne sie als Schmutzkonkurrenten gegen ihre Männer und Brüder ausgespielt.

Was haben die Frauen von all ihrer Plackerei? Ihr ganzes Leben ist ein einziges Martyrium von der Wiege bis zum Grabe!

Frauen, erwacht! Vieles müßt ihr erdulden, aber manches durch eigene Schuld! Frauen, werft die Gleichgültigkeit von euch ab und lernt den gewerkschaftlichen und politischen Kampf eurer Männer verstehen und unterstützen! Aus edlem, sittlichen Motiven kämpft das Proletariat seinen Befreiungskampf.

Frauen, lernt verstehen, daß nicht dulden, sondern kämpfen eure Aufgabe ist; daß die Phrase von der göttlichen Weltordnung, der vor allem die Frauen sich fügen sollen, eben nur Phrase ist. Wenn so viel Unrecht, so viel zerstörte Gesundheit und verkürztes Leben, so viel geraubte Lebensfreude und Jugendlust zur göttlichen Ordnung gehören, dann muß diese Weltordnung abgelöst und durch eine weltliche, aber bessere ersetzt werden.

Zur Aenderung des gegenwärtigen Zustandes, der Not und Elend über die minderbemittelte Bevölkerungsklasse bringt, ist die Mitarbeit der Frauen notwendig. Schon im eigenen persönlichen Interesse sollten die klug sein wollenden Frauen wissen, wieviel wunderbare Gewalt sie über ihren Mann erhalten würden, wenn sie es verständen, sich in seine Gedanken- und Ideenwelt einzuleben, wenn sie ihm nicht nur Weib und Gattin, sondern auch Gesinnungs- und Kampfgenossin ist.

Tausende wackerer Parteigenossen und Gewerkschaftskollegen werden der Bewegung entzogen, weil ihre Frauen ihre Bestrebungen nicht verstehen. Tausende würden freudiger und freier arbeiten und für die Arbeiterbewegung weit mehr leisten, wenn ihre Frauen ihnen zur Seite ständen und mitkämpften.

Die Frau soll dem Manne keine Fessel, sondern ein Ansporn sein!

Doch auch die Männer, die so unendliche Geduld bei der Aufklärung ihrer Klassengenossen zeigen, müssen mehr Ausdauer bei der Aufklärung ihrer Frauen und weiblichen Angehörigen beweisen.

Leider stehen uns keine Zahlen zur Verfügung, durch die wir den Zuwachs der Frauen zur Sozialdemokratie beweisen können; aber man wird den sozialistischen Geist bei der Erziehung der Kinder gar bald spüren.

Männer, lehrt eure Frauen und Töchter die Parteipresse, besonders die Gleichheit, verstehen. Dann werden sie als Mütter auch befähigt sein, den Kindern das Unterscheidungsvermögen für Recht und Unrecht beizubringen und ihnen den Mut anzuerziehen, für das Recht und die Gerechtigkeit einzutreten.

Frauen! Erst der Sozialismus wird euch die Möglichkeit schaffen, wahres Familienglück zu finden, indem er eine Weltordnung bekämpft, die in ihren Grundzügen barbarisch und grausam ist, die das Kind schutzlos macht, weil sie die Arbeitskraft der Eltern ausbeutet, und den Greis als überflüssig betrachtet. Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die in der Frauen vollen Menschen ehrt.

Es gilt Bildung, Gleichberechtigung, Glück auch für euch zu erringen. Es gilt ein freies, schöneres Geschlecht zu erziehen, das sich nicht feige und träge duckt, sondern Rechte fordert, Ansprüche an das Leben stellt. Darum: Frauen her bei!

Politische und Gewerkschaftliches

Wie die Unternehmer die „christlichen" Gewerkschaften einschätzen. In dem Städtchen Orsoy (Regierungsbezirk Düsseldorf) kündigte der Zigarrenfabrikant K. gegen 25 Arbeitern, meist freiorganisierten. Zwei Tage später erschien der Meister bei den Christlichen und meinte: Wenn jetzt die Freien in den Streik treten, so bleibt ihr ruhig am Arbeiten. Wenn dann einmal wieder Gras drüber gewachsen ist, werden wir den Freien schon den Weg zeigen. Da jedoch der Streik nicht ausgebrochen ist, sondern die Christen auch keine Streikbrecherdienste leisten, wie dieses schon in Hunderten von Fällen geschehen ist.

Die niederländische Regierung als Streikbrecherlieferant für deutsche Unternehmer. Der niederländische Minister des Aeußern macht in der Zeitung „Standaard" bekannt, daß in Deutschland großer Mangel an Arbeitskräften herrsche. Unter anderem würden 100 Erdarbeiter für eine Straßenbahnanlage gesucht; sie sollten sich in Vierlen, Neumarkt 3, melden. Hierzu erläuternd bemerkt der Minister weiter:

„Ebenso herrscht infolge eines Ausstandes unter den Holz- und Steinbearbeitern zu Duisburg und zu Duisburg-Ruhrort Mangel an Arbeitern und es können, da dieser Ausstand noch lange dauern kann, augenblicklich noch viele Arbeiter dort eingestellt werden, welche diese Arbeit verstehen, neben solchen, die mit der Dampfkraftarbeit am Hafen vertraut sind."

Die Arbeiter, die nach Deutschland reisen wollen, werden dann noch aufgefordert, sich mit den richtigen Legitimationspapieren zu versehen oder sich direkt an das niederländische Konsulat zu wenden. — „Het Volk" bemerkt zu dieser staatlichen Streikbrecheragentur u. a.:

„Wir wollen vorläufig annehmen, daß wir es hier mit einer Torpelhaftigkeit eines Diplomaten zu tun haben, der vom Leben und vom gewöhnlichen Lebenskampf nichts weiß; sollte aber diese Streikbrecherwerbung andauern, dann wird mit dem Minister Teis van Gordrigan in der Kammer ein ernstes Wort geredet werden müssen."

Zur Düsseldorfer Meineidsaffäre. Bekanntlich wurde in einem Beamtenbeleidigungsprozeß gegen den Redakteur unseres Düsseldorfer Parteiorgans am 28. Mai vor der Strafkammer in Düsseldorf der Entlastungszeuge Bomm wegen Verdachts des Meineids verhaftet. Ein Antrag, ihn gegen Kaution aus der Haft zu entlassen, wurde abgelehnt, weil eine hohe Strafe zu erwarten sei! Auf Betreiben der Düsseldorfer Parteileitung meldeten sich eine ganze Anzahl Zeugen, die den Vorfall, wegen dessen der Prozeß entstanden war, beobachtet hatten. Nach Vernehmung einiger dieser Zeugen sah sich der Staatsanwalt gezwungen, die Untersuchungshaft aufzuheben. Jetzt plötzlich erhält Genosse Bomm eine Zustellung, nach der das Verfahren gegen ihn eingestellt sei und zwar mangels ausreichender tatsächlicher Belastung. Weiter wird dann Bomm noch mitgeteilt, daß er eine Entschädigung für die erlittene Untersuchungshaft nicht zu beanspruchen habe, „da das Verfahren weder seine Unschuld ergeben hat, noch daß ein begründeter Verdacht nicht vorliege". — Nach dieser Mitteilung ist es ausgeschlossen, daß jetzt ein Verfahren wegen Meineids gegen den Polizeibeamten Zabbee, der genau das Gegenteil von dem beschworen hat, was Bomm aussagte, eingeleitet wird. Auch stützte sich die Verurteilung des Genossen Schotte wegen Beamtenbeleidigung auf die Aussagen des Polizisten! An eine Aufhebung dieses Urteils durch das Reichsgericht ist auch nicht zu denken, da die Aussagen des Polizisten ja noch immer „wahrscheinlich" erschienen! Weitere Folgen ist also durch die salomonische Entscheidung vorgebeugt, doch ist der Ausgang dieser ganzen Aktion für die Düsseldorfer Justizbehörde sehr blamabel.

Ein Monat Gefängnis wurde von der Breslauer Strafkammer über Genossen Albert verhängt. Er soll sich als verantwortlicher Redakteur der „Breslauer Volkswacht" einer Beleidigung des Kommandanten von Posen und einer solchen gegenüber den Mitgliedern des Oberkriegsgerichts in Glogau schuldig gemacht haben.

Ueber die Verhandlungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission wegen Freigabe des den Punkt Partei und Gewerkschaften behandelnden Teiles des Protokolls der Gewerkschaftskonferenz gibt folgendes Schriftwechsel Aufschluß:

Berlin, 2. Juli 1906.

An die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
Berlin.

Werte Genossen!

Die Redaktion des „Vorwärts" teilt uns mit, daß Sie ihr ein Protokoll der „Konferenz der Vertreter der Vorstände der Zentralverbände zur Information, jedoch mit dem Verbot der Veröffentlichung des Inhalts zugesandt haben.

Die Redaktion hat sich nicht entschließen können, diese Bedingung anzunehmen, da der Zweck des Ersuchens um Ueberlassung eines Exemplars des Protokolls die Besprechung der Diskussion über Partei und Gewerkschaft auf der Gewerkschaftskonferenz war. Nachdem die Verhandlungen jener Konferenz, veranlaßt durch Indiskretion der „Einigkeit" sowie durch die wechselseitigen Erklärungen der Generalkommission und des Parteivorstandes nun auch von einem Teil der Parteipresse besprochen worden, kann es, wie wir glauben, dem Zentralorgan der Partei nicht verwehrt werden, auf Grund des Protokolls Stellung zu der Frage zu nehmen.

Wir sind daher der Ansicht, daß unter diesen Umständen der vertrauliche Charakter des Protokolls nicht aufrecht erhalten werden kann und ersuchen die Generalkommission in beiderseitigem Interesse die Vertraulichkeit über den Punkt „Partei und Gewerkschaften" aufzuheben, damit auch wir diesen Teil des Protokolls den Parteigenossen unterbreiten können.

Mit Parteigruß
Der Parteivorstand.

Berlin den 10. Juli 1906

An den Parteivorstand.

Werte Genossen! Die Generalkommission hat sich in ihrer am Sonnabend stattgefundenen Sitzung mit Ihrem Ersuchen, der Redaktion des „Vorwärts" das Protokoll der

Im Banne des Spiritismus.

Zeitroman von Friedrich Thieme.

(60. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Katie willfahrte seiner Bitte — und lächelte ihn an — es war ein nichtssagendes, mechanisches Lächeln, aber dem Spiritisten genügte es, und mit einem liebevollen „Gute Nacht, Katie", verließ er das Zimmer.

Katie Hyde starrte noch lange mit einem Blicke, der in seiner geistigen Ausdruckslosigkeit ganz dem vorherigen Lächeln glich, nach der Richtung, in der Allan Low verschwunden war. . . . .

Was mochte wohl in der Seele dieses seltsamen Wesens vorgehen?

Zweiunddreißigstes Kapitel.

Staatsanwalt Stobäus ging sinnend in seinem Arbeitszimmer auf und ab. Seine Stirn war in leichte Falten, die Symptome geistiger Vertieftheit, gezogen, die wohlgepflegten Zähne nagten gedankenvoll die Lippen.

Es war kein neuer Anblick, den Staatsanwalt so zu sehen. Seit der Flucht Arthur von Tillos war ihm dieser Spaziergang zur förmlichen Gewohnheit geworden. Der Fall Tillo beschäftigte den eifrigen, ehrgeizigen und pflichttreuen Beamten unausgesetzt. In der Presse hatte man ihn für das Entkommen des Gefangenen verantwortlich gemacht, er sollte zu human gegen den Mörder, wie andere sich deutlicher ausdrückten, zu rücksichtsvoll gegen den adligen Namen des Verhafteten gewesen sein. Entrüstet hatte er selber eine Disziplinaruntersuchung gegen sich beantragt und war aus derselben mit einem glänzenden Attest hervorgegangen. Daß er die ernsten und zum Teil grausamen Pflichten seines Berufs als rechter Mensch erfaßte und die harten Wunden, welche er zu schlagen gezwungen war, mit dem Balsam edler Humanität kühlte, verdiente er dafür nicht eher Anerkennung als Tadel?

Das war es auch nicht, was des Zügen des Staatsanwalts den Stempel des Nachdenkens aufdrückte. Die gegen ihn geschleuderten Pfeile fing er verächtlich und ohne mit einer Wimper zu zucken mit der flachen Hand auf, nein, was ihn in seinem Innersten mächtig bewegte, das war die gröbliche Täuschung, welche sein Vertrauen seine Menschenkenntnis erlitten haben. Langsam, aber sicher, hatte jener Arthur von Tillo seine Teilnahme zu erringen gewußt; wenn dieser junge Mann, sagte er sich, wirklich des Mordes schuldig war, so mußten ganz besondere Beweggründe vorliegen, die, mochten sie welcher Art immer sein, ihn sicher nicht der Verachtung preisgaben. Ein solcher Mann konnte nicht niedrig handeln — er ahnte ein Geheimnis, eine Intrigue. Und nun — die feige Flucht des Gefangenen stürzte denselben jäh vom Postamente seiner guten Meinung. Niemals hätte er geglaubt, daß sich Arthur von Tillo der Verantwortung für seine Tat entziehen würde. Ja, selbst als es geschehen, hegte er im stillen die Hoffnung, derselbe werde seinem so treuherzig gegebenen schriftlichen Versprechen gemäß freiwillig zurückkehren — von Tag zu Tag jedoch, von Woche zu Woche ward seine Hoffnung geringer, nun hatte er sie längst gänzlich preisgegeben, ohne daß er über diesen schmählichen Mißbrauch seines Vertrauens innerlich ruhig zu werden vermochte.

Dann war auch noch der mysteriöse Brief — immer wieder mußte der Staatsanwalt an diesen unleugbaren Erfolg spiritistischer Befähigung zurückdenken. Gab es denn nur eine natürliche Erklärung für diesen merkwürdigen Zwischenfall? Trotz allen Grübelns fand er keine. Sein klarer logischer Verstand fühlte sich erschüttert, unsicher — er wollte über den Vorfall spotten und mußte, wenn er sich nicht selber belügen wollte, doch konstatieren, daß derselbe ihn beunruhigte.

Eben hatte Stobäus wieder auf seinem Arbeitsstuhle Platz genommen, als der Gerichtsdiener ihm eine Karte mit der Meldung brachte, der Besitzer derselben wünsche ihn zu sprechen.

„Doktor Felix Müller," las der Staatsanwalt, und erteilte gleichzeitig den Auftrag, den Herrn sogleich eintreten zu lassen.

Flüchtig schaute er auf, als der Besucher die Schwelle überschritt, die Gestalt des Fremden bot in ihrem Aeußeren zu wenig Sympathisches, als daß der gediegene Charakter eines Stobäus ihr besonderes Interesse hätte entgegenbringen vermögen. Ein Modegeck in straßenschreierischem Kostüm, in geipreizter Haltung mit tänzelndem Schritte, das Monokle eingeklemmt. Stobäus, nachdem er dem Ankömmling einen Stuhl angewiesen, wandte sich gleichgültig, um nicht zu sagen widerwillig, hinweg und erkundigte sich nachlässig, was der Herr wünsche.

„Sie verzeihen eine Anfrage," begann der Besucher mit gezierter Stimme. „Ich möchte wissen, ob Sie dem entflohenen Arthur v. Tillo auf der Spur sind?"

Ueberrascht drehte sich jetzt der Staatsanwalt dem Fremden zu.

„Ihm — auf der Spur? Leider nein," rief er befremdet. „Aber wie kommen Sie zu dieser Frage? Haben Sie besondere Veranlassung dazu?"

„Jawohl. Ich glaube nämlich den Gesuchten, welchen ich von früher her kenne, vor kurzem erst gesehen zu haben."

„Wirklich?" Stobäus betrachtete den Sprecher jetzt mit ebensoviel Neugier, wie er ihm vorher Indolenz bezeigt hatte. „Wo ist das gewesen?"

„Auf einem nach London gehenden Dampfer," entgegnete der Dandy leichthin, indem er tändelnd mit seinem Rohr den Schnabel seines leichten Schuhes beklopfte.

„Wann war das?"

Doktor Müller nannte die Zeit.

Konferenz der Vorstände zur freien Verfügung behufs Stellungnahme zur Indiskretion der „Einigkeit" zu überlassen beschäftigt; die Generalkommission hat beschlossen, an ihrem bisherigen Standpunkt, das Protokoll nicht zur Veröffentlichung freizugeben, festzuhalten.

Die Verhandlungen der Vorstandskonferenzen und die darüber aufgenommenen Protokolle haben durchaus internen Charakter und sollen die letzteren lediglich den Zweck haben, den Teilnehmern die Möglichkeit der Nachkontrolle zu gewähren. Das ist bisherige Praxis gewesen und die in Rede stehende Konferenz hat diese Praxis durch besonderen Beschluß (vergl. Protokoll Seite 2, letzter Absatz) noch durch ausdrücklichen Beschluß bestätigt. Die Generalkommission kann somit nicht eigenmächtig, sondern nur auf Beschluß einer Vorstandskonferenz eine Aenderung in dieser Praxis eintreten lassen. Dieselbe hatte ihre Befugnisse eigentlich schon überschritten, als sie der Redaktion des „Vorwärts" ein Exemplar des Protokolls zur Information überließ.

Außerdem sind wir der Meinung, daß, sobald der Redaktion des „Vorwärts" das Protokoll zur freien Verfügung gestellt wird, die sämtlichen Parteiblätter nicht nur das gleiche Recht beanspruchen können, sondern wir halten uns dann für verpflichtet, es der gesamten Parteipresse zu übermitteln. Dies ist aber zurzeit unausführbar, weil die Auflage des Protokolls von vornherein so bemessen ist, daß nach der Zustellung desselben an die Beteiligten nur noch wenige Exemplare vorhanden sind.

Zum Schluß möchten wir noch darauf hinweisen, daß mit dem Protokoll keine Geheimniskrämerei getrieben werden soll, aber andererseits auch für uns kein Anlaß vorliegt, den internen Charakter der Konferenz aufzuheben. Auch für die Partei machen sich Beratungen notwendig, deren Ergebnisse nur auf den Kreis der unmittelbar Beteiligten beschränkt bleiben. Wir halten eine solche Diskretion für durchaus richtig und nehmen an, daß der Parteivorstand und die sonstigen Parteiorgane sich von diesem ihren Standpunkte nicht dadurch abbringen ließen, daß ein unberufener Dritter von diesen Verhandlungen in widerrechtlicher Weise etwas in die Oeffentlichkeit bringt, wie es die „Einigkeit" in dem vorliegenden Falle getan hat.

Mit Parteigruß

Die Generalkommission.

A. Knoll.

* * *

Berlin, 12. Juli 1906.

An die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Berlin.

Werte Genossen!

Der Parteivorstand hat in seiner heutigen Sitzung Kenntnis genommen von Ihrem gestrigen Schreiben, mit dem Sie es ablehnen, den Punkt „Partei und Gewerkschaften" des Protokolls der „Konferenz der Vorstände" zur freien Verfügung zu stellen.

Gegenüber dem von der Generalkommission eingenommenen Standpunkt hat der Parteivorstand beschlossen, die Generalkommission zu ersuchen, die Freigabe dieses Protokollteiles durch Befragung der Teilnehmer an der Konferenz zu bewirken, wodurch die von Ihnen geltend gemachten Hinderungsgründe für Ihre selbständige Erfüllung unseres Ersuchens beseitigt werden würden.

Bei dem dringenden Interesse, welches die Partei an der öffentlichen Klarstellung dieser Angelegenheit hat, ersuchen wir die Generalkommission, uns bis spätestens Ende dieses Monats von dem Ergebnis ihrer Umfrage Mitteilung zu machen.

Mit Parteigruß!

Der Parteivorstand.

Aus Nah und Fern.

Im Zander-Prozeß zu Breslau wurde am 11. Juli die Beweisaufnahme geschlossen, nachdem die Sachverständigen ihr Urteil abgegeben hatten. Sie erklärten übereinstimmend, daß kein Grund zur Annahme vorliege, daß der Angeklagte bei Begehung der Tat sich nicht im Vollbesitz seiner geistigen Kraft befunden habe. Frau v. Zander dagegen sei unzweifelhaft nicht zurechnungsfähig.

Auch ein Edelster der Nation. In Frankfurt am Main ist am Freitag einer der Edelsten der Nation gestorben, auf den seine Standesgenossen wenig stolz sein werden: Graf Emil von Leiningen-Westenburg-Alt-Leiningen. An der Bahre dieses Grafen trauert alles, was ein Anrecht hat, zur Halbwelt gerechnet zu werden. Der Dahingeschiedene war ein Sproß des alten Dynastengeschlechts derer von Leiningen in Oberhessen und im Jahre 1846 in Mainz geboren. Seine Erziehung erhielt er in Ungarn im Hause seiner Tante, der Witwe des im Jahre 1848 hingerichteten Generals Grafen Karl v. Leiningen. Mit 16 Jahren wurde er österreichischer Leutnant. Als solcher machte er den Feldzug von 1866 mit. Dabei benahm er sich aber so feig, daß er mit schlichtem Abschied entlassen wurde. Nun entwickelte er bald sein Talent nach einer anderen Richtung. Nachdem er eine Zeit lang päpstlicher Zouave gewesen war, suchte er sein Glück an den Spielbänken von Homburg v. d. H., Nauheim und Monte Carlo. Und er hatte Glück. Nicht nur im Spiel, auch in der Liebe. Nachdem er sich an den Spielbanken die Taschen gefüllt, wußte er einen Wiener Großkaufmann, Fischel v. Lampendorf, so zu betören, daß ihm dieser seine Tochter und etliche Millionen anvertraute. Mit den Millionen räumte der Graf in kurzer Zeit so auf, daß sich der Großkaufmann genötigt sah, eine Trennung von Tisch und Bett zwischen seiner Tochter und dem Grafen herbeizuführen. Nun ging es mit dem Grafen rasch bergab. Er geriet in Wien unter die Zuhälter und Hochstapler und saß bald wegen Diebstahls auf zwei Jahre im schweren Kerker. Zugleich erhielt er Landesverweis, denn Oesterreich hat selbst genug adlige Lumpen, es braucht nicht auch die noch aus Deutschland. Der Graf schüttelte also den österreichischen Staub von seinen Füßen, attachierte sich eine bekannte Wiener Kupplerin und zog mit ihr durch die Lande, trieb Mädchenhandel und betrog und stahl wie ein Rabe. Bald saß er in Sachsen auf mehrere Jahre hinter Schloß und Riegel. Als er wieder auf freien Fuß kam, ging er nach London, wo er sich als sogenannten Schlittenfahrer etablierte. Jahrelang war er danach einer der verwegensten Betrüger dieser Spezies. Er brandschatzte insbesondere Frankfurter Firmen, die er, wie er rühmend sagte, für besonders dumm hielt. In England lernte er die berühmte Tretmühle kennen. Als er diese verließ, wirkte er vorbildlich als Spitzenschmuggler von Brüssel nach Amerika. Er verdingte sich als Kohlenzieher und beförderte die Spitzen an seinem Leibe hinüber, bis er abgefaßt und wieder eingelocht wurde. Nachdem er noch im Jahre 1895 in Gemeinschaft mit einer „Freundin" die 15jährige Lisette Schweighofer aus Eschbach bei Usingen im Taunus entführt, in London verhandelt und dort zwei Jahre gesessen hatte, ließ er sich zu dauerndem Aufenthalt in Frankfurt nieder, wo er sich seinen Lebensunterhalt durch Spiel, Schwindel und Zuhälterei verdiente. Vor Jahresfrist erkrankte dieser sonderbare Graf — übrigens ein Vetter des wegen Ehebruchs mit 6 Monaten Gefängnis bestraften und seit dieser Zeit in Oesterreich lebenden Majoratsherrn Graf Friedrich von Leiningen — an Zungenkrebs. Er litt namentlich in der letzten Zeit schrecklich, da Nahrungssorgen das Krankenlager umschwebten. Es wird nun niemand glauben, daß dieser dem Tode geweihte gräfliche Verbrecher noch irgendwelchen Wert für die Menschheit gehabt hätte. Man konnte erwarten, daß er sang- und klanglos, wie andere Verbrecher, in die Ewigkeit abfahren würde. Aber dem ist nicht so. Noch auf dem Totenbett stieg der Mann im Kurse. Ja der bürgerlichen Gesellschaft gibt es Leute, die selbst für den Namen eines solchen gräflichen Lumpen Geld, schweres Geld ausgeben. Als spekulative Freunde von dem nahen Tode dieses Erzschelms erfuhren, sagten sie sich, mit dem sterbenden Grafen lasse sich insofern ein Geschäft machen, als gar manche wohlhabende Dame, sei es Witwe oder „Jungfrau", danach trachten werde, Gräfin zu werden, selbst wenn der Grafentitel noch so anrüchig sei. Man streckte seine Fühler aus, setzte sich mit einer Frankfurter Heiratsvermittlerin in Verbindung, und diese brachte den Major a. D. Max Menzel aus Dresden, der das dringende Bedürfnis fühlte, seine Geliebte, ein Fräulein Hedwig v. Nordeck, mit der er früher in Wiesbaden wohnte, Gräfin zu Alt Leiningen-Westerburg werden zu lassen. Den Tod im Herzen, erklärte sich der Graf bereit, gegen Zahlung von 2000 Mk. das Fräulein zu ehelichen, ihr Kind als das seinige anzuerkennen und auch dasjenige, welches sie unterm Herzen trägt, als seines zu legitimieren, obwohl er die Nordeck erst seit acht Tagen kannte und der wirkliche Vater der Kinder Major Menzel ist. Ein Attest, daß der Graf nicht verrückt sei, wurde beigebracht, die Papiere waren bald alle in Ordnung, und so fand am 30. Juni, sechs Tage vor seinem Tode, im Krankenzimmer des Grafen die standesamtliche Trauung statt. Nachdem die Trauung vollzogen war, heulte der Major dem Grafen noch übers Ohr, indem er bloß 200 Mark in bar auszahlte und für den Rest einen wertlosen Schuldschein hergab. Für die 200 Mk. wurde Sekt herbeigeschafft und zum letzten Male spülte der gräfliche „Hochzeiter" die schwindsüchtige Kehle mit dem geliebten Tranke aus. Am 5. Juli war er tot. Noch im Sterben hat er einen großen Betrug mit der Legitimierung der Nordeckschen Kinder ausgeführt. Aber in der bürgerlichen Gesellschaft scheinen solche „Ehen" Kurswert zu haben. Denn kurz bevor Graf Leiningen den Pakt mit der Nordeck bezw. ihrem Onkel abschloß, erschien, von einem „Freunde" des Grafen geführt, eine Mannheimer „Dame" und bot 20 000 Mark, wenn sie der Graf „heiraten" und ihr seinen „schätzbaren Namen" geben würde. Die Offerte kam aber zu spät; die „Trauung" war bereits perfekt. Jedenfalls steht dieser Namensschacher am Sterbebette eines gräflichen Verbrechers einzig da. Er ist ebenso bezeichnend für die Verworfenheit des Verstorbenen, wie für die Moral gewisser bürgerlicher Gesellschaftskreise.

Auch Heilige können sich irren! Im „Echo der Gegenwart", das in Aachen erscheint, schildert ein Mitarbeiter eine Studienreise, die er mit einem französischen Professor und zwei chinesischen Landsleuten nach Tours und Poitiers machte. Der größte Schatz der Radegundenkirche in Poitiers ist ein goldener Schrein mit den Gebeinen der heiligen Radegunde. Er befindet sich in der Krypta, wohlverwahrt hinter einem festen Gitter. Im Lichte der Kerzen erblickten die Reisenden viele Votivtafeln, die ringsum die Wände bedeckten. Auf solchen Tafeln sagen die frommen Beter, wie bekannt, den Heiligen Dank für gnädig erfüllte Bitten. Auf einer Tafel lasen nun die Reisenden die Inschrift: „Reconnaissance à sainte Radegoede pour avotr sauvé la France le 9 septembere 1899": Dank der heiligen Radegunde für die Rettung Frankreichs an dem Tage, an dem das Kriegsgericht zu Rennes das Urteil über Dreyfus bestätigte! .... Auch Heilige können sich irren.

Quittung.

Im Monat Juni gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Altona. Zentralwahlverein des 6. schlesw. holst. Wahlkreises, 1. Quartal 06 1054 12 Mk. Aachen, Sozialdemokr. Verein Aachen Stadt und Land 20 Proz. der Einnahmen 1. Quartal 06 68.— Mk. Groß Berlin auf Konto seiner 8 Wahlkreise 10000 —. Berlin, diverse Beiträge 811,65. Butzbach i. H., C. K. 3.—. Buxtehude, v. d. Alten durch Weber 2,—. Bern 50,—. Braunschweig, sozialdemokr. Partei des Herzogtums 20 Proz. der Einnahmen 400,—. Bremen, von den Parteigenossen 500,—. Beuthen (Oberschl.) von den Parteigenossen 5 —. Cottbus, Sozialdemok. Verein f. Cottbus-Spremberg, Halbjahr 05/06 300 —. Coburg, Parteibeitrag 50,—. Dessau, Beitrag des Wahlkreises Dessau-Zerbst für Mai 38 —. Delmenhorst, Sozialdemokr. Verein für den 3. oldenb. Wahlkreis 48.—. Essen a. R., 20 Proz. der Einnahmen, 1. Quartal 06 400,—. Eßlingen, 5 württemb. Wahlkreis 100 —. Falkenberg (Oberschl.) 3,—. Forst i. L., Zentralwahlverein Sorau-Forst, 1. Quart. 06 250 40. Fürth, Sozialdemokr. Verein. 2. Quartal 60,—. Gotha, 20 Proz. der Einnahmen, 1. Quartal 06 158,16. Gera (Reuß) Sozialdemokr. Verein für den Wahlkr. Reuß j. L. 150,—. Hamburg, Sozialdemokr. Verein für den 2. Wahlkr. 4000,—. Hessen (Großherz.) Landesorganisation 500,—. Harburg, 20 Proz. der Einnahmen vom 17. hannov. Kreis, Februar bis inkl. Mai 582,—. Hamburg, im Monat Juni in der Expedition des „Echo" eingegangen 164 20. Kattowitz, Sozialdemokr. Verein 5,—. Lübeck K. S. L 2.—. Luckenwalde, Rufus 5 —. Leipzig, 12. und 13. sächs. Reichstagswahlkreis 3600.—. Limbach, 20 Proz. d. Einnahmen vom 15. sächs. Reichstagswahlkr. vom 1. 1. bis 30. 6. 06 500,—. Meerane, zurückerstatteter Orgelsch. d. Kirchengemeinde M. 2,70. Meerane, 17. sächs. Reichstagswahlkreis 100. Mühlhausen i. E., Sozialdemokr. Verein f. d. Wahlkr. M. 40,04. Nürnberg, S. 3,—. Oberlangenbiau, Arbeiter a. d. Eulengebirge 100,—. Ohlau, 20 Proz. d. Einnahmen v. Wahlverein Ohlau-Strehlen-Nimptsch 18,—. Potschappel, 6. sächs. Reichstagswahlkr. 1000 —. Paris, J. Schreyer, 2,15. Rochester J. Reuter 2 80. Stuttgart, 1. württemb. Wahlkreis, 1. Quartal 250 —. Schleswig, 20 Proz. v. 3. schlesw.-holst. Wahlkr. 1. Quartal 06 30,01. Sprenge in W., Ueberschuß v. d. Maifeier 1,80. Stuttgart, G. U. 10,—. Schwenningen, 9. württemb. Wahlkreis 20 Proz. v. 1. Quart. 104 40. „Wahrer Jakob" 20000. Wolgast, Wahlv. Greifswald-Grimmen 20 Proz. der Einnahmen v. 1. 10. 05 bis 1. 4. 06 40,—. Zahlreiche, von den Parteigenossen 5 —. Zeitz, Wahlkr. Zeitz-Weißenfels-Naumburg 400,—. Zurückgezahlte Reichstagsdiäten 43786,—.

Berlin, 11. Juli 1906.

Für den Parteivorstand:

A. Gerisch, Lindenstraße 69.

„Also erst vor einigen Wochen? In solcher Nähe ist der Entflohene zu suchen?" rief der Beamte aufgeregt. „Nun wohl, ich werde sofort den Steckbrief erneuern — können Sie mir eine genaue Beschreibung von ihm geben?"

„O ja."

„Er war doch jedenfalls maskiert?"

„Allerdings — und zwar so vorzüglich, daß eben nur jemand ihn zu identifizieren vermochte, der ihn so genau kannte wie ich."

„Und Sie — Sie haben nichts getan, um seine Verhaftung zu bewerkstelligen?"

„Er bewegte sich mit solcher Sicherheit, daß ich annahm, seine Unschuld habe sich herausgestellt, und er sei mit vollem Recht im Wiederbesitz der Freiheit."

„Das war nicht der Fall."

„Sie haben also noch keinerlei Beweise für seine Unschuld aufgefunden?"

„Nicht im mindesten, der Prozeß steht noch genau auf dem Fleck wie bei seiner Flucht und gerade diese spricht am meisten gegen ihn."

„Hat er nicht seine freiwillige Rückkehr in Aussicht gestellt?"

„Allerdings, aber wohl nur, weil er hoffte, dadurch die Verfolgung abzustampfen. Es ist ihm nicht eingefallen, wiederzukommen."

„Vielleicht hat er noch nicht ausgeführt, was er vor hatte?"

„Ich bitte Sie, was für Absichten konnte er denn auszuführen haben? Das war eine leere Redensart, weiter nichts. Wollen Sie so gut sein, mir eine eingehende Beschreibung seiner Persönlichkeit und seiner Bekleidung, sowie der Umstände, unter denen Sie ihm begegnet sind, zu diktieren?"

„Sehr gern."

Dr. Müller gab darauf dem Staatsanwalte, der seine Worte eifrig niederschrieb, das ausführliche Signalement eines Gigerls, welches ihm selber glich wie ein Ei dem andern.

Anfangs glitt die Feder des Beamten mit gieriger Hast über das Papier, bald aber schien er zu sinnen, zögerte, blickte einigemal verblüfft nach dem Anzuge des Fremden hin, verglich das Gesehene mit dem Diktat, blickte wieder hin — endlich sagte er:

„Nach dem was Sie mir angeben, war Arthur v. Tillo ja genau gekleidet wie Sie selbst?"

„Das war er," entgegnete der Doktor, ein Lächeln unterdrückend.

„Als — als —"

„Als Gigerl."

Unruhig sah Stobäus den Doktor an.

„Kennen Sie mich nicht, Herr Staatsanwalt?" fragte dieser plötzlich.

„Sie? N — nein, und doch — es ist etwas in Ihrer Haltung und Stimme, was mir bekannt vorkommt — ich wüßte nicht, wo ich — das Vergnügen gehabt hätte, Sie —"

Er hielt zögernd inne.

„Und doch haben wir vor einiger Zeit oft zusammen verkehrt," nahm der Besucher mit gänzlich veränderter Stimme das Wort.

Der Staatsanwalt Stobäus sprang überrascht, bestürzt empor.

„Sie sind —"

„Arthur von Tillo, zu dienen," entgegnete Doktor Felix Müller mit ruhigem Ernste, indem er sich ebenfalls erhob. „Ich komme, mein Versprechen einzulösen, Herr Staatsanwalt — ich begebe mich hiermit freiwillig wieder in Gefangenschaft."

Stobäus hörte nicht auf, den Zurückgekehrten anzustarren wie ein Gespenst.

„Das hätte ich nicht mehr gehofft," platzte er nach einer Weile heraus.

„Habe ich Ihnen so gar kein Vertrauen eingeflößt, Herr Staatsanwalt?"

„Doch — doch — am Anfang glaubte ich sogar fest an Ihre Versicherung, als jedoch Tag auf Tag, Woche auf Woche verging, mußte meine Zuversicht notgedrungen schwankend werden. Um so mehr freue ich mich, daß meine Menschenkenntnis mich doch nicht getäuscht hat. Sie kehren zurück, obwohl Sie noch jetzt, im letzten Augenblick, unbehindert hätten Ihres Weges gehen können und obwohl Sie vernommen haben, daß Ihre Sache noch ebenso ungünstig liegt wie damals. Das zeugt von Mut, Ehrlichkeit und Männlichkeit. Nun sagen Sie mir, Herr von Tillo, wo in aller Welt haben Sie gesteckt und was hat Sie zu dem unglückseligen Entschlusse bewogen?"

„Erlauben Sie mir, Ihnen auf diese Fragen erst später zu antworten," entgegnete Arthur lächelnd. „Meine Bitte an Sie geht dahin, mich vorläufig ruhig in mein Gefängnis zurückführen zu lassen — nur solange, bis der Zeuge eintrifft, welcher meine Unschuld bekunden wird. Dann will ich Ihnen, Herr Staatsanwalt, von meinen Schritten und jedem Augenblick meiner angepaßten Freiheit Rechenschaft ablegen."

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Johs. Stelling. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck: Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.